Nr. 35. Halle a. S., Dienstag den 11. Februar 1902 13. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bestellbar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7808

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiststr. 21. Hof 2 Tr — Expedition Geiststr. 21. Hof part. r

## Und alles half ihnen nichts!

Die am Sonnabend nachmittag 5 Uhr nach dreitägiger heißer Wahlschlacht beendete Stadtverordneten-Nachwahl im Glaucher Bezirk hat den Kommunalvereinen, dem Bürgerverein für städtische Interessen, dem Haus- und Grundbesitzerverein und der Beamtenschaft, die gemeinsam mit ihren Namen die gegnerischen Wahlaufrufe deckten, eine empfindliche Niederlage gebracht. Doch nein! Der Begriff Niederlage deckt in diesem Falle das Wesen der Sache nicht; es war etwas viel Schlimmeres als eine empfindliche Niederlage; es war eine schimpfliche und schmachvolle Blamage, ein Instückeschlagen, eine Vernichtung des politischen und moralischen Renommees dieser Vereine.

Sie hatten sich die Sache so hübsch ausgeklügelt, die Herren vom „honetten Bürgertum"; sie hatten den Sieg schon so sicher in der Tasche, und nun ist's doch wieder ganz anders gekommen! Zwei große Fliegen glaubten sie mit einer Klappe schlagen zu können, als sie auf nichtige, unbeweisbare und unbewiesene Einwendungen hin die beiden sozialdemokratischen Mandate im Glaucher Bezirk für ungiltig erklarten. Daß wohl noch niemals in einer preußischen Stadt eine Mehrheit der Stadtverordneten von dem ihr zustehenden Rechte, über Giltigkeit oder Ungiltigkeit der Wahlen zu entscheiden, einen solchen Gebrauch gemacht hat wie die Stadtverordneten-Mehrheit in Halle, bedrückte die Herren nicht; sie waren ja niemandem Rechenschaft schuldig über die Beweggründe ihres Votums; es genügte, daß sie die Mandate für ungiltig erklärten, und die beiden Vertreter der Arbeiterklasse lagen wieder draußen. Irgend welches finanzielle oder rechtliche Risiko nahmen die Herren durch ihre Entscheidung nicht auf sich; wohl aber waren sie, wenn bei der Nachwahl die Karte günstig für sie schlug, auf zwei Jahre zwei lästige Mahner los — das war die eine Fliege, und sie konnten ferner triumphierend ausrufen: „Seht, Bürger von Halle! die Sozialdemokratie verdankte ihren Sieg im November nur ihrem Terrorismus, der Einschüchterung der Wähler, der Belästigung und Behinderung unserer Wahlschlepper und anderen unlauteren Mitteln! Diesmal hat unsere gerechte Sache gesiegt; Ihr braucht Euch also in Zukunft nur nicht vor den Arbeitern zu fürchten, und stets wird es uns dann gelingen, die Umsturzrotte niederzuhalten." Das wäre die zweite Fliege gewesen.

Die heillose Blamage der Kommunalvereinler und ihrer Anhängsel wird noch verschärft durch den Umstand, daß der Magistrat Maßnahmen ergriffen hatte, die einer direkten Begünstigung unserer Gegner ähnelten wie ein Ei dem andern. Das Aussuchen einer Schule als Wahllokal, das Postieren von einer reichlichen Mandel Polizisten vor und in demselben, die Sistierung von Arbeitern, die in durchaus zulässiger, ruhiger Weise und viel weniger aufdringlich als die kommunalvereinlichen Schlepper für ihre Kandidaten wirkten, das alles waren Maßregeln, die gewiß nicht um der bürgerlichen Wähler, die sich an der Wahl beteiligten, ergriffen worden sind, sondern die man für nötig hielt, um die angeblichen bei der Wahl im November vorgekommenen „Ausschreitungen" der Arbeiterwähler hintan zu halten. Da wir auch diesmal gesiegt haben, sieht der Magistrat hoffentlich ein, wie verlogen die gegnerische Behauptung von den sozialdemokratischen Ausschreitungen und Belästigungen gewesen ist und unterläßt es bei künftigen Wahlen, eine Polizeimacht aufzubieten, die absolut nichts anderes zu thun bekommt, als sich kalte Füße und kalte Nasen zu holen, deren An- oder Abwesenheit auf den Wahlausfall nicht den mindesten Einfluß ausübt, deren Vorhandensein aber in den Arbeitern nur den bitteren Groll gegen unsere Stadtverwaltung verstärken und das Gefühl hervorrufen muß, als ob der Arbeiter ein Verbrecher sei, der nur durch den Anblick zahlreicher Helmspitzen im Banne der Gesetzmäßigkeit gehalten werden könne.

Es ist nicht jedermanns Sache, nüchterne Ratschläge zu befolgen. So haben wir auch dem Magistrat gegenüber leider nicht die feste Zuversicht, daß er sich bei späteren Wahlen reserviert verhalten und beim Aussuchen des Wahllokals sowie in der polizeilichen Ueberwachung desselben die volle Objektivität eines Neutralen einhalten wird. Wohl! Mag er thun, was er nicht lassen kann. Am Wahlergebnisse ändert er nichts; das hat die soeben vollzogene Wahl gelehrt; wohl aber stößt er sich dann die Arbeiter für immer vor den Kopf, und die Stunde wird auch für den hiesigen Magistrat schlagen, in der er einsehen muß, daß selbst in der kapitalistischen Staatsordnung eine Stadtverwaltung nicht ohne ein gewisses Maß von Vertrauen der Arbeiterklasse wirken kann, und daß dieses Vertrauen wertvoller und beständiger ist als die von Profitsucht diktierte Anbetterung der Bourgeois.

Die Wahlhandlung ging am Sonnabend in derselben Weise von statten wie an den beiden Tagen vorher. In der ersten Vormittagsstunde war der Stimmenzuwachs für beide Parteien etwa gleich; unsere Gegner traten dann in der elften und zwölften Stunde lebhafter an, so daß sich unser Vorsprung bis auf etwa 60 Stimmen verminderte; in der Mittagsstunde errangen wir dann wieder ein Mehr von 200 Stimmen und das vermochten die Gegner nicht wieder auszugleichen, obwohl sie mit fieberhaftem Eifer arbeiteten, Dutzende von Schleppern aussendeten und das Telephon nach allen Richtungen spielen ließen. Der eine bürgerliche Schlepper soll sogar den Säumigen „einen Gruß vom Herrn Bürgermeister" überbracht und daran den Wunsch geknüpft haben, der Säumige möge sofort zur Wahl gehen und für die gegnerischen Kandidaten stimmen.

Im sozialdemokratischen Wahlbureau herrschte dagegen eine vom blinden Jagen der Kommunalvereinler wohlthuend abstechende Ruhe. Nur wenige Parteigenossen wurden noch entsendet, um Säumige aufzusuchen. Wir konnten uns auf unsere Restanten verlassen. Schon um 3 Uhr war unser Sieg gewiß. Den noch vorhandenen Vorsprung von 150 Stimmen konnten die erschöpften Gegner nicht mehr ausgleichen. Ganz gegen alle Erwartung war in den letzten Stunden die Wahl auf beiden Seiten eine verhältnismäßig schwache. Nach vier Uhr stauten sich nur noch einige Male kleinere Trupps von Wählern an, und als es 5 Uhr schlug und der Wahlvorsteher die Wahlhandlung für beendet erklärte, brauchte kein Wähler mehr abgefertigt zu werden.

Das Schlußergebnis lautete:

Krüger (Sozialdem.) 1622 Stimmen auf 6 Jahre,
Thiele (Sozialdem.) 1619 „ „ 4 „

Außerdem erhielt Krüger 6 Stimmen auf 4 Jahre und Thiele 7 Stimmen auf 6 Jahre. Das Minus von 3 Stimmen für Thiele ist daraus zu erklären, daß je eine Stimme auf Thielert, Thielicke und Lippold abgegeben wurden.

Von den Gegnern erhielten:

Beyer 1495 Stimmen auf 6 Jahre
Fränzel 1493 „ „ 4 „

Außerdem wurden 2 Stimmen für Fränkel und je 4 Stimmen für beide Gegner in verkehrter Folge abgegeben.

Insgesamt wurden demnach abgegeben:

**1629** sozialdemokratische und
**1499** kommunalvereinliche Stimmen.

Das sind 67 Prozent der in die Wählerliste eingetragenen Wähler.

Die Entwickelung des Stimmenverhältnisses ist, seitdem sich die Arbeiterklasse an den hiesigen Stadtverordnetenwahlen beteiligt hat, folgende gewesen:

| | | |
|---|---|---|
| **1893:** | 436 soziald., | 510 kommunalver. Stimmen |
| **1895:** | 959 „ | 619 „ „ |
| **1897:** | 1290 „ | 1395 „ „ |
| **1899:** | 1364 „ | 1499 „ „ |
| **1901:** | 1589 „ | 1422 „ „ |
| **1902:** | 1629 „ | 1499 „ „ |

Mit der diesmaligen Wahl dürfte das Schicksal des Glaucher Bezirks für immer besiegelt sein. Während es uns von Wahl zu Wahl gelungen ist, mehr Wähler für uns mobil zu machen, stagniert die gegnerische Stimmenmenge trotz größter Anstrengungen. Die Arbeiter werden nicht rasten, das Glaucher Viertel zu einem ebenso festen Besitz zu machen, wie es Halle-Nord (Giebichenstein, Trotha und Kröllwitz) bereits ist. So hat sich der gegen die Wahl vom November eingelegte und von der Stadtverordneten-Mehrheit als berechtigt anerkannte Protest erwiesen als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Wenn die Gegner fähig sind, eine Lehre aus der diesmaligen Wahl zu ziehen, so ist es folgende: Der Arbeiter, den sie für sich glauben einfangen zu können, war einmal; er ist aber nicht mehr. Der sozialdemokratisch geschulte Arbeiter läßt sich weder durch Drohungen einschüchtern noch durch gleißnerische Versprechungen oder durch Verunglimpfung seiner Kandidaten beirren. Langsam und nach sorgfältiger Prüfung ist sein Urteil gereift, und er hält an diesem fest, trotz aller Windbeuteleien und Finten, die versucht werden, um ihn umzustimmen. So bittere Worte der Arbeiter gegen den Magistrat auf der Zunge hatte, als bekannt wurde, daß eine Schule als Wahllokal ausersehen war, so haben doch nur wenige ihrem Unmut darüber Worte verliehen. Die Arbeiter ließen eben die stumme That sprechen; sie gingen hin und wählten ihre Vertreter trotz der drei bis fünf Kriminalpolizisten, die hinter dem Wahltisch und trotz der uniformierten Polizeikommissare und Polizisten, die vor dem Wahltisch aufgestellt waren. Als aber am Sonnabend die Wahl beendet und das Ergebnis den in dichten Trupps vor dem Lokal harrenden Arbeitern ver-

---

14] [Nachdruck verboten.]

## Lotti, die Uhrmacherin.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

Gottfried gab ihr, etwas zerstreut, in allem recht, sprang aber plötzlich von dem Gegenstand ihres Gespräches ab, und sagte: „Findest Du es nicht verwegen von ihm, ja sehr verwegen, in seinen doch schon reifen Jahren ein Mädchen zu heiraten, wie gesagt, fast noch ein Kind und so wunderschön!"

„Von — ihm? . . . Du sprichst von Halwig —" erwiderte sie mit einem verweisenden Blick. — Die sanfte Lotti war gegen Gottfried ausnahmsweise immer ein wenig streng. „Das muß man wissen . . . Reife Jahre? Ach was! Künstler bleiben immer jung, nur wir altern, wir Arbeitsleute."

So hatte sie vor drei Jahren die Kunde von Hermanns Verheiratung aufgenommen und seitdem nichts mehr von ihm gehört.

Und jetzt, nachdem sie alles verschmerzt, vieles vergessen, kam ein Bote aus der langentschwundenen Zeit und weckte sie aus ihrer tiefen Ruhe. Sie staunte selbst über die Gewalt des Eindrucks, den sie plötzlich empfangen hatte, über die Pein, die er verursachte. Doch versuchte sie nicht, sich ihr zu entziehen, dazu kannte sie sich zu gut. Ihre Leiden wollten völlig durchlebt sein, bevor sie sterben konnten. Da half kein Wegschieben, keine Ueberredungskunst, sie forderten ihr ganzes Recht, und wichen erst, nachdem es ihnen zu teil geworden.

Sie nahm ihre Arbeit vor. Gleichförmig wie immer spann ihr Tagewerk sich ab. Nachmittags besuchte sie Gottfried in seinem Laden. Allein, was sie auch that und sprach, unablässig summten ihr die Worte: „Aus Leichtsinn oder Not" im Ohr, und der Gedanke an Halwig verließ sie nicht eine Sekunde. Sie durchwachte eine böse Nacht.

Am nächsten Morgen kam Gottfried und mahnte sie noch einmal, die bei ihr bestellten Arbeiten dem früheren Meister heute selbst zu überbringen.

Sie versprach es, lehnte aber Gottfrieds Antrag, sie zu begleiten, auffallend hastig ab.

„Wie Du willst," sagte er und verabschiedete sich ohne eine Spur von Empfindlichkeit.

Sie blickte ihm eine Weile nach. „Der beste Mensch!" murmelte sie leise vor sich hin und begann ganz gegen ihre Gewohnheit müßig, mit gekreuzten Händen, im Zimmer auf und ab zu gehen.

Ihre alte Dienerin trat ein und wunderte sich über die Maßen, ihre Herrin unbeschäftigt zu finden. Aber sie freute sich noch mehr, als sie sich wunderte. Der Himmel selbst, meinte sie, beschere ihr eine Gelegenheit, sich so recht nach Herzenslust über die interessanten Neuigkeiten auszulassen, die sie vom Markte mitgebracht hatte. Leider fand sie nur geringe Teilnahme und wurde plötzlich durch die Worte unterbrochen:

„Agnes — ich gehe jetzt aus."

Das war freilich leichter gesagt als gethan. Ausgehen? Jetzt? — die Alte entsetzte sich über „diese Idee". Vor dem Essen war das Fräulein nie ausgegangen, warum denn heut'!

Die Frage und die seltsam forschende Miene, mit der sie gestellt wurde, machten Lotti erröten; sie wandte das Gesicht verlegen ab und sagte: „Warum? — ja — — ich könnte eigentlich auch später — wenn Du Dich beeilen wolltest . . ."

Agnes entfernte sich, erschien jedoch bald wieder. Sie überbrachte die Visitenkarte eines fremden Herrn, der das Fräulein dringend zu sprechen wünschte.

Der Agent des „Amerikaners" kam einmal wieder, die Anerbietungen seines Chefs in Bezug auf die Uhrensammlung zu erneuern.

Er wurde selbstverständlich abgewiesen. Allein statt sich damit zu bescheiden und sich — zufrieden oder nicht — zu empfehlen, nahm er auf das breiteste Platz in dem Fauteuil und ließ alle fünf Minuten einige wegwerfende Worte über alte Uhren fallen. Nach einer tödlich langen Stunde erhob er sich endlich mit der Versicherung, er wolle vor seiner Abreise noch einmal vorsprechen. Lotti erlaubte sich zu bemerken, das sei ganz überflüssig, worauf er verbindlich erwiderte, er danke und werde sich gewiß einfinden.

Dieser Besuch schien Lotti den Appetit verdorben zu haben, denn sie ließ ihr Mittagsmahl, das von Agnes endlich aufgetragen wurde, unberührt.

Sie kleidete sich rasch und hastig zum Ausgehen an und blieb dann zögernd an der Thür stehen . . . sie eilte die Treppe hinab und schritt langsam durch die Straßen . . . immer langsamer, je näher sie ihrem Ziele kam.

Sie wollte sich Gewißheit über die Umstände verschaffen, unter denen ihr einstiges Geschenk verkauft worden war. Sie wollte es. Und durch erhoben sich Einwendungen in ihr gegen den unwiderruflichen Entschluß. — Was soll die Gewißheit, nach der du strebst, dir bringen? fragte sie. — Was hast du zu erwarten? Du wirst von einem Leichtsinn hören, den du nicht heilen kannst, oder von einer Not, der abzuhelfen du nicht vermagst. Laß ab! Was quälst du dich? . . . Zu wessen Frommen? Du bist längst vergessen — vergiß auch du!"

Lotti horchte der leisen, abratenden Stimme und — mit Bewußtsein handelte sie ihnen entgegen.

Jetzt stand sie an der Thür des Uhrmacherladens, jetzt drückte sie die Klinke.

Der Laden war leer, aber aus dem anstoßenden offenen, mit Gaslicht hell erleuchteten Raume schallte ihr ein lauter Wortwechsel entgegen.

„Ich weiß ja, daß ich eine Gefälligkeit von Ihnen verlange!" rief eine Stimme, deren Ton Lotti seit fünfzehn Jahren nicht mehr gehört hatte, und die sie dennoch augenblicklich erkannte.

„Ich aber bin nicht in der Lage, Gefälligkeiten zu erweisen. — Entschuldigen Sie, da ist jemand . . ." sagte der Uhrmacher, der den Eingang zum Gewölbe nicht aus den Augen gelassen hatte: „ah — Fräulein! — eben recht . . ." Er eilte auf Lotti zu, indem er fortfuhr zu sprechen: „Vierundzwanzig Stunden bin ich im Wort gestanden; jetzt sind drei Tage vorüber; und mit dem besten Willen — wenn ich noch so gern möchte — ich könnte die Uhr nicht herschaffen, denn sie ist" — er warf Lotti einen Blick des Einverständnisses zu, „bereits in anderen Händen. Diese Dame kann es bestätigen."

(Fortsetzung folgt.)

## Aphorismen.

Von Marie Ebner-Eschenbach.

Die Menschen, denen wir eine Stütze sind, die geben uns einen Halt im Leben.

*

Wenn man das Dasein als eine Aufgabe betrachtet, dann vermag man es immer zu ertragen.

*

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020211-16/fragment/page=0001

Knäbel war, auf einer trocken: „Na, da muß die Wahl das nächste Mal in der Kirche stattfinden.“ Das schallende, zustimmende Gelächter, das sich dabei erhob, mag dem Magistrat beweisen, wie die Arbeiterschaft über seine Maßnahme denkt.

Im Nu war das Wahlergebnis über die ganze Stadt bekannt. Jedes Arbeiterauge leuchtete auf, als sei ihm persönlich ein Geschenk beschert worden.

Von diesem Solidaritätsgefühl, von dieser gemeinsamen Freude haben unsere Gegner keine Ahnung. „Wir haben gesiegt!“ scholl es von Mund zu Mund. Die Arbeiter schüttelten sich die Hände, und ihre Augen lachten. „So hat ihnen doch alles nichts genützt!“ fügten sie im berechtigten Siegerstolze hinzu; denn jeder wußte, es handelte sich diesmal nicht bloß um die beiden Mandate, sondern um Sein oder Nichtsein. Sind die Kommunalvereinler diesmal unterlegen, so werden sie nimmer wieder im Glauchaer Viertel auf die Beine kommen. Das sagten sich nicht nur unsere Freunde, das müssen sich auch die Gegner einräumen. Und nach dem endgiltigen Siege im Glauchaer Viertel wird die Arbeiterschaft auch im Königs-, im Neumarkt- und im Marktviertel den Bann zu brechen verstehen.

Dank allen Freunden, die ohne äußeren Lohn, nur geleitet von ihrem Pflicht- und Klassenbewußtsein den herrlichen Sieg erringen halfen; Dank aber auch den Gegnern, die durch ihre Machenschaften die Schwankenden in unsere Arme getrieben haben, in denen festzuhalten unsere Freunde verstehen werden.

Der Bann ist gebrochen! schrieben wir nach dem Siege im November. Wir wiederholen heute das Wort in dem Bewußtsein, daß das Hallesche Proletariat nicht eher ruhen wird, als bis sämtliche Mandate der dritten Klasse sich in seinem unbestrittenen, dauernden Besitz befinden werden.

## Tagesgeschichte.

Halle 10. Februar.

### Der Reichstag

hielt am Sonnabend den Schatzsekretär nur fünf Minuten auf, dann war die zweite Lesung des Etats des Reichsschatzamts, der Reichsschuld und des Rechnungshofes erledigt. Dagegen kann sich der Staatssekretär des Reichsjustizamts, Herr Nieberding, auf längeren Aufenthalt im Reichstag gefaßt machen. Bei seinem Gehalt entwickelte sich eine sehr lebhafte Debatte, in der die Zustände der Rechtspflege einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Den Vortritt hatte Genosse Heine, der in schärfster Weise den Fall Bredenbeck kritisierte und den preußischen Minister des Innern wegen seiner Aeußerung, Bredenbeck sei ja nur ein Sitzredakteur, gebührend abfertigte. Gleichzeitig erkundigte sich unser Genosse danach, wann denn endlich ein einheitliches Strafvollzugsgesetz dem Reichstag vorgelegt würde, und bezeichnete es als eine Umgehung des Gesetzgebungsrechts des Reichstags, wenn die Regierungen inzwischen ein vorläufiges Strafvollzugsreglement unter sich vereinbart hätten. Dann unterzog er die Verfügung des preußischen Ministers des Innern und der Justiz einer eingehenden Besprechung, die die Staatsanwälte darauf aufmerksam macht, gegen die Gewerkschaften eventl. mit dem Erpressungsparagraphen vorzugehen. Er schilderte die unhaltbaren Zustände, die bei einer solchen Auslegung des § 253 eintreten müßten. Die Erwiderung des Staatssekretärs Nieberding hielt sich ganz an der Oberfläche und wich allen peinlichen Fragen in weitem Bogen aus. Den gemeinschaftlichen preußischen Erlaß bezeichnete er als eine interne Ressortangelegenheit, die Fesselung Bredenbecks tadelte er leise, und die Umgestaltung des Strafgesetzbuches schob er ebenso, wie die Revision des Strafvollzuges auf die lange Bank.

Der Zentrumsabgeordnete Gröber brachte den bekannten Duellantrag des Zentrums ein, der das Duell durch schärfere Strafen beseitigen will. Der nationalliberale Abg. Dr. Esche forderte die Heraufsetzung des strafmündigen Alters vom 12. auf das 14. Jahr und begeisterte sich für eine schärfere Bestrafung der Beleidigung. Der freisinnige Abg. Müller-Meiningen wußte sehr geschickt die merkwürdigen, an die lex Heinze streifenden Vorgänge in einem kleinen Bundesstaate zur Sprache zu bringen, wo der Fürst Kinder, die zu Gefängnis verurteilt sind, zu Prügel begnadigte. Davon weiß Herr Nieberding amtlich nicht das geringste. Zum Schluß polemisierte unser Genosse Heine noch gegen Herrn Nieberding und erklärte sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Verschärfung der Strafen wegen Beleidigung, die nur eine Erstickung der öffentlichen Kritik bewirken könnte. Dem Zentrum sagte er, daß sein Duellantrag ganz aussichtslos sei; um das Duell zu beseitigen, muß man vorher die Junker beseitigen, deren Macht gerade von den Ultramontanen gefördert wird. Am heutigen Montag geht die Debatte weiter.

### Preußischer Landtag.

Im Abgeordnetenhause kam es am Sonnabend beim Etat des Bureaus des Staatsministeriums unerwartet zu einer Burendebatte. Sie hielt sich allerdings in mäßigen Grenzen und ziemlich frei von hochpolitischen Gesichtspunkten. Die Freikonservativen Abgeordneten Lückhoff und Dr. Rewoldt richteten an den Reichskanzler das Ersuchen, den vom Burenhilfsbund, gesammelten Geldern und Waren bei der englischen Regierung freies Geleit bis zu den Konzentrationslagern zu erwirken. Der Reichskanzler war aber nicht da und auch sein Kommissar war nicht in der Lage, sich zu äußern, obwohl der Regierung angezeigt worden waren, daß die Sache zur Sprache kommen würde. Der freisinnige Abg. Dr. Crüger hatte wohl recht, als er sagte, daß der Reichskanzler absichtlich einer Aeußerung ausgewichen sei. Dem armen Kommissar, der da das Fernbleiben des Grafen Bülow ausbaden mußte, erging es übel. Er hatte sich die schüchterne Bemerkung erlaubt, daß die Sache besser vor den Reichstag gehören würde. Er wurde erst für dieses Aeußern einer eigenen Meinung von einem Redner angehaucht, der solche Zensuren nur dem Präsidenten zugestehen wollte. Auch Herr von Eynern verhalf nicht sehr liebenswürdig mit ihm, indem er die Frage aufwarf, wozu der Kommissar erst herkäme, wenn er keine Instruktionen mitbrächte. Von allen Parteirednern wurde Graf Bülow ersucht, Schritte in England zu thun, um den Zweck der Sammlungen des Burenhilfsbundes nicht ins Wasser fallen zu lassen.

Beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung kam es zu einer lebhaften Debatte über Kupferzoll, Roheisenzoll, Kohlensyndikate und Kohlenförderung. Den breiteten Raum nahm die Erörterung über den Kupferzoll ein, der vom Abg. Arendt angeregt und auch vom Grafen Kanitz befürwortet wurde. Herr Arendt treibt damit einseitigste Interessen- und Wahlkreispolitik. Er ist im Mansfelder Kreise gewählt, nur die dortigen Kupferkuxenbesitzer haben ein Interesse daran, niemand sonst. Das wurde den Herren auch von den freisinnigen Abgg. Gothein und Dr. Barth deutlich gemacht. Graf Kanitz wie Herr Gothein tadelten die preissteigernde Thätigkeit der Kohlensyndikate und namentlich ihr Geschäftsgebaren, das es zuließ, Kohlen an das Ausland billiger zu verkaufen als an das Inland. Angriffe auf die Kohlensyndikate dürfen aber nicht laut werden, ohne daß die Vertreter der westfälischen Wahlkreise im Wurmrevier sich zur Verteidigung der Syndikate wie ein Mann erheben. Außer den nationalliberalen Abgg. Macco und Schmieding trat diesmal noch der neugewählte Abg. Hirsch aus Essen auf den Plan. Er ist Syndikus der Essener Handelskammer und diese steht dem westfälischen Syndikat sehr nahe. Ueber den Kupferzoll äußerte sich Minister Möller recht unklar. Dagegen gab er Auskunft über die Neu-Erwerbung von Kohlenfeldern in Westfalen. Die Felder werden 58 Mill. Mark kosten. Die Einnahmen wurden bewilligt. Der Rest des Etats kommt heute an die Reihe.

**Wilhelm II. und die Gesundbeter.** Ein Berliner Blatt hatte abzuleugnen versucht, daß die Audienz des Polizeipräsidenten Windheim und des General-Superintendenten Faber durch Wilhelm II. Gegnerschaft gegenüber den Gesundbetern veranlaßt worden sei. Demgegenüber schreibt nun die Nordd. Allg. Ztg. hochoffiziös, „daß Seine Majestät den Polizeipräsidenten v. Windheim und den General-Superintendenten D. Faber zu dem Zweck zu sich beschieden hatte, den beiden Herren Seine Allerhöchste Willensmeinung über einen Unfug kundzugeben, der unserer Zeit wie der Reichshauptstadt gleich unwürdig ist. Seine Majestät der Kaiser, der diesen Unfug sehr ernst beurteilt, hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß Personen, die sich an dem Treiben der Spiritisten, Gesundbeter und verwandter Richtungen beteiligen, vom Zutritt zum Allerhöchsten Hofe ausgeschlossen werden.“

Diese hochoffiziöse Auslassung ist eine Bestätigung der Nachrichten, daß der „Unfug“ der Gesundbeterei besonders in den Kreisen der Hofgesellschaft zu Potsdam sehr stark verbreitet ist.

**Für die Einführung von Diäten** im Bundesrate einzutreten, forderte die württembergische Kammer die Regierung auf. Der Antrag wurde mit 66 gegen 9 Stimmen angenommen. Ministerpräsident Breitling erklärte, daß die Regierung in der vorliegenden Frage den Bevollmächtigten im Bundesrate bisher keine Instruktion erteilt habe, daß sie aber mit anderen Staaten in Verhandlung darüber eingetreten sei.

**Die Dresdener Preßkorruption** wird nun doch die Gerichte beschäftigen, obwohl die Staatsanwaltschaft einen Antrag auf gerichtliche Verfolgung der von der Dresdener Kreditanstalt bestochenen Journalisten abgelehnt hatte. Dem früheren Antragsteller ist jetzt folgender Bescheid zugegangen:

Hierdurch wird Ihnen bekannt gegeben, daß das königliche Justizministerium den staatsanwaltschaftlichen Einstellungsbeschluß vom 22. Oktober 1901 aufgehoben und die Fortsetzung des Strafverfahrens gegen die Redakteure angeordnet hat.

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht.
(gez.) Dr. Bähr.

Da ist die Staatsanwaltschaft also von oben herab eines Besseren belehrt worden.

**Den Abschied erhalten** hat, wie jetzt amtlich bekannt gemacht wird, der Generalleutnant von Lessel, der erste Führer der ostasiatischen Expedition. General von Lessel war der Hauptzeuge in den Hunnenbriefprozessen gegen den Stuttgarter Beobachter und den Vorwärts.

**Kasseler Trebertrocknungsprozeß.** Weder die Verhandlung am Freitag noch die am Sonnabend hat irgend etwas Besonderes zu Tage gefördert. Es sind eine ganze Anzahl Leumundszeugen vernommen worden, die den Angeklagten durchweg das beste Zeugnis ausstellten. Sogenannte Sachverständige erklärten, daß darin, daß der Aufsichtsrat die Bücher nicht prüfe, nichts Auffälliges liege. Der Reichsbankfilialen-Direktor Bäthge stellt den Gebrüdern Sumpf das Zeugnis aus, sie seien beide Optimisten, hätten von den Geschäftsverhältnissen aber keine Ahnung gehabt. Aus der Aussage des Oberbuchhalters Stirl ging hervor, daß die Leipziger Bank zur Gründung einer der Tochtergesellschaften 1 600000 Mark hergegeben habe. Bei der Gründungsversammlung habe das Geld auf den Tischen gelegen, am anderen Tage aber sei es wieder nach Leipzig zurückgewandert. Ueber die Aufstellung der Bilanzen erzählte derselbe Zeuge, daß bei Aufstellung einer Verschubbilanz sich ein Verlust von 6 Millionen ergeben habe, durch Umrechnungen sei dann ein Gewinn von 7 Millionen erzielt worden. Der Zeuge wurde wegen Verdachts der Mitthäterschaft nicht vereidigt.

Heute soll mit den Plaidoyers begonnen werden.

## Ausland.

**Oestreich.** Einen Besuch am Zarenhofe stattet der östreichische Erzherzog Franz Ferdinand ab. Der Besuch hat eine ganze Reihe von politischen Kombinationen hervorgerufen.

**Frankreich.** Eine Millionenauflage hat die Pariser Zeitung Le Petit Parisien aufzuweisen. An den letzten Sonntagen wurde das Blatt in 1 128 000 Exemplaren verbreitet. Le Petit Parisien ist das Organ der Republikaner und macht dem reaktionären Petit Journal, das ebenfalls in über einer Million Exemplaren ausgegeben wird, erfolgreiche Konkurrenz.

— Kundgebungen von Arbeitslosen werden für Sonntag, den 2. März, für Paris und Umgebung vorbereitet. Die Zahl der dortigen Arbeitslosen soll 40—50 000 betragen.

— Der aus dem Dreyfusprozeß bekannte Anwalt Labori hat endgültig seine Kandidatur für den Wahlbezirk Fontainebleau aufgestellt.

**Spanien.** Ein angeblich anarchistisches Attentat ist nach dem Berl. Tageblatt in Corunna ausgeübt worden. Ein aus Buenos-Aires eingetroffener Anarchist Cotelo hat auf einen Polizeileutnant, der bei den dortigen Unruhen eine Rolle gespielt hat, aus einem Revolver mehrere Schüsse abgefeuert. Der Leutnant wurde am Ohr verwundet.

**Holland.** Kulturgreuel. Wie sehr die sozialistische Presse aller Länder recht hat, die modernen Kulturstaaten ohne Ausnahme wegen kolonialer Grausamkeiten an den Pranger zu stellen, davon zeugt eine Mitteilung aus Niederländisch-Indien, die darthut, wie von den Holländern europäische Kultur verbreitet wird. Die Mitteilung ist um so bedeutungsvoller, als gerade in Holland so scharf über die gewiß verdammenswerte Kriegführung der Engländer in Südafrika geurteilt wird. — In unserem holländischen Parteiblatte Het Volk wird der Brief eines jungen Soldaten aus dem Atjehkriege veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: „Mit den Schuhen voll Sand,“ schreibt der Soldat, „mußten wir den Feind verfolgen. 10 fielen in unsere Hände, die wurden sofort mit den Bajonetten niedergemacht. — In einem Engpaß fanden wir zwei tote Zwangsarbeiter, beide mit Schüssen in der Brust. — Als wir zurückkamen, steckten wir alles in Brand, auch den Reis, den sie angebaut hatten. Aber nein, das Schreien und Kreischen und Rasen und Jammern hab ich noch nie so gehört, Il Allah! Il Allah!, anders hörte man nichts. Doch wir kehrten uns nicht daran und sie schwuren uns Rache in ihrer Wut. Als wir gut und wohl wieder in unserem Biwak waren, begruben wir die Gefallenen und begaben uns zur Ruhe.“

Het Volk schreibt hierzu: „Man findet hier gerade das, was den Engländern am meisten zum Vorwurf gemacht wird: das Niedermachen von Gefangenen und das Verbrennen der Feldfrüchte. Konzentrationslager haben wir noch nicht, aber dafür lassen wir Leute totschießen, die zu Zwangsarbeit verurteilt sind. Solche Mitteilungen werden aber unsere Militaristen nicht abhalten, zu verschern, daß wir Holländer ganz brave Leute sind, aber daß die Engländer Schurken sind.“

**Dänemark.** Die Neutralitätsfrage wird von den Regierungen der drei skandinavischen Staaten ernsthaft erörtert. Es sind Unterhandlungen im Gange, nach welchen von Schweden, Norwegen und Dänemark eine offizielle Neutralitätserklärung erlassen werden soll, der nach einer Aeußerung des dänischen Ministerpräsidenten große Bedeutung für die ganze politische Lage in Europa zuzuschreiben sei.

**Norwegen.** Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit hat der Staatsrat beschlossen. 800000 Kronen sind für Eisenbahnbauten nachbewilligt worden. Dadurch sollen nicht allein die für diesen Winter geplanten Entlassungen vermieden werden, sondern auch noch eine Anzahl neuer Arbeiter Beschäftigung finden. Wie verlautet, will auch das Landesverteidigungs-Departement Veranstaltungen treffen, um der Arbeitsnot entgegenzuwirken. In nächster Zeit soll eine größere Anzahl Arbeiter bei Festungsanlagen Beschäftigung finden.

**Amerika.** Betreffs der Philippinenpolitik erklärte der Gouverneur Taft im Senatskomitee, daß zur Wiederherstellung der Ordnung auf den Philippinen zunächst die dortigen Mönche ihre Ländereien hergeben müßten.

— Ueber die barbarische Kriegführung der Amerikaner auf den Philippinen ist jetzt eine Petition an den amerikanischen Senat gelangt, in welcher sich die Bürger aus Philadelphia über die den Filipinos zugefügten und von Augenzeugen bestätigten Grausamkeiten beschweren. Nach den Angaben der Petition haust der amerikanische General Smith dort noch schlimmer als Weyler in Kuba. Er hat Konzentrationslager eingerichtet. Gefangene Filipinos werden einfach niedergemacht, andere gefoltert, indem man ihnen Salzwasser einpumpt, um sie zum „Reden zu veranlassen“. Die Filipinos verlangen nichts weiter, als daß man ihren Beschwerden in Washington Gehör schenkt, aber der „rohe Reiter“ Roosevelt antwortet ihnen ebensowenig, wie der Mördergeneral Weyler den Kubanern.

### Der Krieg in Südafrika.

Dem Brüsseler Petit Bleu zufolge haben die Buren jetzt jede Hoffnung auf Intervention aufgegeben, sie zählen nur noch auf sich selbst und sind entschlossen, den Krieg so lange fortzusetzen, wie notwendig. Lebensmittel haben sie im Ueberfluß, da sie im Norden Transvaals so viel Getreide gesäet haben, daß es den Engländern unmöglich wird in alle Verstecke einzudringen und die Felder zu zerstören. Das einzige, was ihnen fehlt, ist Tabak und Salz. Die Witterung hat keinen Einfluß mehr auf sie, da sie durch den langen Krieg gegen jedes Wetter abgehärtet sind. Als Nachfolger des erschossenen Viljoen ist der Kommandant de Jong auserseben, ein früherer Handelsgehülfe in Johannesburg, der große taktische Kenntnisse an den Tag gelegt hat. Wie weiter berichtet wird, ist ein Deutscher, Erfinder eines neuen Mittels zur Sprengung der Panzerzüge, verwundet den Engländern in die Hände gefallen und erschossen worden. —

Auch ein Kriegsersatz. Der Londoner Zeitung Daily Telegraph wird aus Südafrika berichtet: Lord Methuen hatte den Entschluß gefaßt, einige Buren, die sich in seiner Nähe gezeigt hatten zu überraschen und unternahm zu diesem Zwecke einen Nachtmarsch. Die Nacht war sehr dunkel und seine Führer taugten nicht viel. Trotzdem sah der englische General sich plötzlich einem Wagenlager gegenüber, welches er sofort stürmte. Der Erfolg war ein vollkommener und nur das eine trübte den Engländern einigermaßen das Siegesbewußtsein, die Entdeckung nämlich, daß sie ihre eigene Transportkolonne erobert hatten.

## Zum Zollkrieg.

**60 Millionen jährlich für Landwege und Kanäle.** Die sozialdemokratischen Mitglieder der Zolltarifkommission haben im Interesse der Kleinbauern folgenden Antrag als § 10b eingebracht:

Aus den Erträgnissen der Zölle, die bei der Einfuhr von Waren in das deutsche Zollgebiet erhoben werden, sind jährlich 60 Millionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kleinbauern, insbesondere durch Verbesserung und Bau von Landwegen und Kanälen, zu verwenden.

Ueber die Art der Verwendung hat alljährlich der Reichstag zu beschließen.

Daß dieser Antrag im Interesse der Kleinbauern, der Landwirtschaft und Kultur liegt, läßt sich nicht leugnen. Es bleibt abzuwarten, ob die Agrarier den Antrag dennoch bekämpfen werden, wiewohl der Antrag der auch von dem Landwirtschaftsminister v. Podbielski geteilten Ansicht entspricht, daß eine Verbesserung der Verkehrswege der Landwirtschaft zum Vorteil gereichen würde. Die konservativen Kanalgegner freilich sind keine Freunde der Landwirtschaft sondern Freunde einer Auffassung des Kleinbesitzes durch einen schlecht bewirtschafteten Großgrundbesitz.

## Parteinachrichten.

— **Genosse Hoffmann im Berliner Obdach.** Der durch sein merkwürdiges Abenteuer im Asyl für Obdachlose vielgenannte Stadtverordnete Genosse Hoffmann hat ein neues Pflaster auf die Wunden erhalten, die ihm damals sein nächtlicher Besuch eingetragen hatte. Zugleich mit dem Genossen Gastwirt Augustin ist er an Stelle der Genossen Stadtverordneten Heimann und Stadthagen in die — Verwaltung des städtischen Obdachs gewählt und am Sonnabend in sein Amt eingeführt worden. Mit diesem guten Witz ist nun wohl die Hoffmannsche Obdachsaffaire zu einem kuriosen Abschluß gelangt.

— **Die „geistigen“ Waffen der Zentrumsmänner.** Der ultramontane Knippelheld in Brilon, der vor einigen Monaten den Genossen Hoffmann aus Bielefeld in einer Versammlung mit dem Krückstock auf den Kopf schlug, wurde vom Schöffengericht unter Zubilligung mildernder Umstände zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt.

## Gewerkschaftliches.

§ **Eine Bezirkskonferenz** der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes fand am gestrigen Sonntag in Wolfs Lokal in Hildesheim statt. Vertreten waren 38 Orte durch 53 Delegierte. Im ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht der Agitationskommission, wurde das rigorose Vorgehen der Industriellen beleuchtet. Entlassungen und Lohnabzüge sind immer noch an der Tagesordnung. Die Unternehmer nützen die Krise in der Weise aus, daß Löhne von 17 bis 18 Pf. pro Stunde geboten werden. Dokumentiert wurde aber, daß die Organisation jetzt mehr denn je imstande sei, den Uebergriffen der Unternehmer entgegenzuwirken. Die Angriffe seitens der Unternehmer gegen die Organisation wären noch härter ausgefallen, wenn der innere Ausbau der Organisation nicht noch rechtzeitig vollzogen worden wäre. Der zweite Punkt der Tagesordnung, Beschlußfassung über die Einteilung des 5. Bezirks, führe zur Annahme des Antrages, einen Gauleiter anzustellen. Dieser Beschluß wurde mit 37 gegen 15 Stimmen gefaßt. Als Sitz der Gauleitung wurde Magdeburg bestimmt. Die Filiale Hildesheim vom Deutschen Metallarbeiter-Verband ist von der dortigen Polizeiverwaltung als ein politischer Verein erklärt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020211-16/fragment/page=0002

# Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 10. Februar.

### Der Wahlausfall

war am Sonnabend in ganz Halle Stadtgespräch. Auf den Straßen und besonders in den Restaurationen unterhielt man sich über den sozialdemokratischen Sieg, ja ein besonders aktueller Komiker hatte bereits abends um 9 Uhr den Wahlausfall in dichterische Form gegossen und seinem Repertoire einverleibt. Zehn Minuten nach 5 Uhr erschien bereits das sozialdemokratische Extrablatt, das den Sieg unserer Genossen verkündete und in den Straßen und in den Restaurationen förmlich verschlungen wurde. In den Arbeiterkneipen herrschte große Freude und in den bürgerlichen wurden die sozialdemokratischen Zettelverteiler ebenfalls nicht ungnädig empfangen. Mehrere Male kam es auch vor, daß der eine oder der andere Gast sofort eine Runde für alle Anwesenden auftragen ließ oder durch freigebige Bewirtung des Uebermittlers des Wahlausfalls seiner Freude Ausdruck gab. Man gönnte dem 3. kommunalen Verein und seinen Verbündeten die schmähliche Niederlage und wünschte, daß „noch mehr Sozialdemokraten in das Kollegium hineinkämen, dann würde es endlich anders werden".

Auch außerhalb Halle hatte die Wahl in Glaucha großes Interesse hervorgerufen. Bald nach 5 Uhr liefen zahlreiche telephonische Anfragen ein und Genosse Groß konnte sich bis 7 Uhr abends fast nicht vom Telephon entfernen. Wie die Gegner ihre Niederlage aufnahmen, davon wird wohl die Oeffentlichkeit wenig erfahren.

### Ein Opfer unseres Wahlsieges

soll nach uns gewordenen Mitteilungen der Schornsteinfegermeister Fischer, Geiststraße 2 wohnhaft, geworden sein. Als großer Sozialistenfresser vor dem Herrn hat sich Fischer, als der Wahlausfall bekannt wurde, darüber sehr erregt und seinem Haß gegen die schlechten Sozis entrüstet Ausdruck gegeben. Ob seine Erregung auch noch am Sonntag anhielt, ist uns nicht bekannt; Fischer wurde indes um 10 Uhr vormittags von einem Herzschlag betroffen und starb bald darauf. Fast scheint es, als ob die durch den Wahlausfall hervorgerufene Aufregung den Herzschlag herbeigeführt hat. Wäre dies der Fall, dann ließe sich daran erkennen, wie nahe unseren Gegnern die blamable Niederlage ging. Indes bedauern wir den Toten ob seines Verhängnisses, denn selbst wenn die Kommunalvereinler gesiegt hätten, würde kein sozialdemokratischer Wähler sich vor Aerger den Tod geholt haben. In dieser Beziehung ist glücklicherweise die Arbeiterschaft um vieles reifer, als das von Sozialistenfurcht angekränkelte intelligente Bürgertum.

### Extrablätter auf Vorrat.

Einer unserer Parteigenossen war am Sonnabend nicht wenig erstaunt, als er ein Extrablatt der Saalezeitung erhielt, auf dem schwarz auf weiß gedruckt zu lesen war:

Gewählt sind somit
Kaufmann Beyer auf 6 Jahre
Stellmachermstr. Fräntzel „ 4 „

Wie dieses Extrablatt mit hat zur Verteilung gelangen können, ist nicht aufgeklärt. Sicher ist nur, daß der Saalezeitung der Sieg ihrer Freunde so sicher stand, daß sie bereits Extrablätter darauf bereit hielt, ehe die Wahl beendet war. Bisher wußte die Welt nur, daß der bekannte Wahlagent der Kommunalvereine Berichte über Versammlungen auf Vorrat schreibt; es scheint, daß der Saalezeitung die Eigenart dieses ihres Mitarbeiters so gewaltig imponiert hat, daß sie die gleichen Bahnen wandelt. Das Unikum von Extrablatt ist in der Expedition unseres Blattes ausgehängt.

### Warum ein Arbeiter nicht wählen durfte.

Der Klempner Friedrich Hohl war in der Wählerliste und auf der Wählerkarte als Friedrich Kohl bezeichnet. Die Wohnung war dagegen richtig angegeben. Hohl hatte auf den Buchstabenfehler kein Gewicht gelegt. Bei der Wahl durfte er zwar zunächst abstimmen, hinterher wurde jedoch seine für die beiden Arbeiterkandidaten abgegebene Stimme für ungiltig erklärt. So kann ein Bürger durch einen sehr verzeihlichen Flüchtigkeitsfehler eines Schreibers um sein wohlerworbenes Bürgerrecht gebracht werden, und wir empfehlen allen Herren, auch den höchststehenden und bestbekannten, genau auf die richtige Schreibung ihrer Namen acht zu geben. Wenn da das gleiche Recht für alle gilt, müßte beispielsweise auch der Kommerzienrat Emil Steckner vom Wahltisch zurückgewiesen werden, wenn der Schreibfobold aus ihm einen Kommerzienrat Emil Neckner gemacht haben sollte.

### Wohnungsbesichtigung.

Der Magistrat macht im Amtsblatt die Bürgerschaft darauf aufmerksam, daß die Unterkommissionen der Gesundheitskommission demnächst mit den ihnen übertragenen Wohnungsbesichtigungen beginnen werden. Die Besichtigungen dienen in erster Linie dem Zwecke, einen zuverlässigen Einblick in die Wohnungsverhältnisse, besonders der ärmeren Bevölkerungsschichten in Halle zu gewinnen. Es sollen nach und nach sämtliche Häuser des Stadtbezirks besichtigt werden. Bei den Wohnungen mit mehr als vier bewohnten Stuben, einschließlich der Küche, wird sich die Besichtigung nur auf die Räume erstrecken, in denen das Dienst- oder Arbeitspersonal untergebracht ist. Der Magistrat richtet an die Bürgerschaft das dringende Ersuchen, die Kommissionen bei ihrer Thätigkeit in jeder Weise zu unterstützen und zu fördern.

Wir schließen uns dem an und fordern insbesondere unsere Parteigenossen auf, nicht etwa aus falscher Scham der Kommission die Besichtigung des einen oder des andern Raumes vorzuenthalten. Herr Professor Dr. Fraenkel hat ein Formular ausgearbeitet, das der Kommission als Unterlage dienen wird und sich auf folgende Fragen erstreckt: In welchem Zustande befinden sich Aschen und Müllgrube, Abortgrube, Kanalanschlüsse? Größe der Räume. Gewöhnliche Benutzungsart. Welche Räume sind nicht heizbar? Zahl und ungefähre Größe der Fenster. Wie viel Personen schlafen in welchen Räumen? Davon sind unter 14 Jahren? Von diesen Personen sind Untermieter? Für welches Gewerbe dient welcher Raum als Werkstatt? Hat die Wohnung eignen Abort oder mit wie viel Familien zusammen? Wo liegt der Abort? Hat derselbe direktes Licht? Hat die Wohnung eigne Küche? Hat diese direktes Licht? Ueber welche Mängel wird seitens der Bewohner geklagt? Welche Mißstände sind von der Kommission beobachtet worden? Bemerkungen und Vorschläge zur Abhilfe.

Wir empfehlen der Gesundheitskommission vorher das Studium des kleinen Werkes: Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Halle, welches auf Grund einer Enquete des Sozialdemokratischen Vereins im Jahre 1900 bearbeitet und als Artikelserie vor Jahresfrist im Volksblatt veröffentlicht worden ist. Es wird ihr eine vorzügliche Informierung sein, wenn ihr daran gelegen ist; das wirkliche Wohnungselend kennen zu lernen. Hoffentlich begnügt sich die Gesundheitskommission nicht mit der Feststellung der Wohnungsmißstände, sondern dringt darauf, daß Magistrat und Kollegium ernsthafte Schritte zur Beseitigung der Wohnungsnot unternehmen. Es ist ein jämmerlicher Zustand, daß von den acht Häusern, welche auf dem Wege des Erbbaurechts vergeben wurden, noch kein einziges in Angriff genommen ist. Aufgabe der Gesundheitskommission wird es sein, für ein beschleunigteres Tempo zu sorgen.

* **Achtung, Tischler!** Heute, Montag, abend 1/9 Uhr findet im Engl. Hof die Versammlung der Tischlerinnung statt, in welcher die Wahl des Gesellenausschusses und der Beisitzer zum Innungsschiedsgericht stattfindet.

* **Druckfehler.** Der Artikel über den Verlauf des zweiten Wahltages in der Sonntagsnummer unseres Blattes läßt je eine zersplitterte Stimme auf Beyer und Fräntzel und auf Krüger und Thiele abgegeben sein. Das ist natürlich falsch; denn würden die Namen so gelautet haben, so wären die Stimmen nicht als zersplittert zu notieren gewesen. Die Stimmen wurden vielmehr abgegeben für Fräntzel und Thielert, so daß sie den damit gemeinten Kandidaten nicht zugezählt werden durften.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Der Gedanke, Figaros Hochzeit – die Meisterschöpfung Mozarts — in ganz neuer, aufs sorgfältigste ausgearbeiteter Rokoko-Mis-en-Szene auf die Bühne zu bringen, hat, von München ausgehend, sofort alle Kunstkreise auf das lebhafteste angeregt und dem Beispiele der Hofbühne München folgten zahlreiche andere Bühnen und studierten Figaros Hochzeit in der „Münchener Einrichtung" neu ein. Das liebenswürdige Werk in dieser Gestalt steht wie neugeschaffen vor uns und zaubert uns ein lebenswarmes, liebesprühendes, in seinem Rahmen üppiges Bild aus längst entschwundenen Tagen vor Augen. Dazu die ewig junge Musik Mozarts, welche sich den heißblütigen Lebensäußerungen des kleinen Zirkels der so trefflich gezeichneten Bewohner des gräflichen Landsitzes so reich und tief anzupassen vermocht hat – ferner eine reiche, geschmackvolle Ausstattung — dies alles bietet ein frisches, anschauliches Bild von Leben und von Lebensauffassung jener Zeit, von Sitten und Gewohnheiten ihrer Kinder. In dieser Auffassung ist Figaros Hochzeit auch an unserer Bühne neu einstudiert worden und wird morgen, Dienstag, zum erstenmale in Szene gehen. — Am Mittwoch wird Alt-Heidelberg wiederholt; gelegentlich der Sonntags-Aufführung konnte der Nachtrage nach Billets wiederum kaum genügt werden, so daß zahlreiche Besucher, ohne ihren Zweck erreicht zu haben, an der Kasse umkehren mußten. Am Donnerstag wird zum Gedenken des Todestages von Richard Wagner des Meisters Tannhäuser gegeben.

Wilhelm Meyer-Förster, der Dichter des Schauspiels Alt-Heidelberg, welcher gegenwärtig eines Augenleidens halber in Italien zur Kur weilt, hat an die Direktion des Stadttheaters ein Schreiben gerichtet, in welchem er „seinen herzlichen und aufrichtigen Dank ausspricht für die Freude, die ihm die mustergiltige Aufführung und Inszenierung von Alt-Heidelberg" verschafft haben. Er bittet, allen Darstellern von Alt-Heidelberg sowie der Presse seinen aufrichtigen Dank zu übermitteln 2c.

**Halberstadt.** Zwei Falschmünzerwerkstätten sind innerhalb weniger Wochen von der Kriminalpolizei entdeckt worden. Die eine befand sich, wie mitgeteilt, in einem Hause. Ueber die Entdeckung der zweiten Werkstatt wird in der Provinzpresse folgendes berichtet: Der Polizei gelang es, zwei Falschmünzer, einen gewissen A. Prehm, der angab, Zigarrenreisender zu sein, und den stellenlosen Former und Maschinenbauer Gausio, einen 22jährigen Menschen, der wegen Falschmünzerei bereits vorbestraft ist, dingfest zu machen. Die Polizei hatte schon längere Zeit ein wachsames Auge auf G. gehabt. Seine Verhaftung wurde dadurch herbeigeführt, daß am Sonnabend nachmittag mehrere Knaben, in der „langen Höhle" ein Feuer gewahrten, bei dem sich ein Mann aufhielt. Als dieser die Knaben, die in die Höhle eingedrungen waren, bemerkte, versuchte er, das Feuer zu löschen, und verschwand dann in den dunklen Gängen der Höhle. Die Knaben fanden bei dem Feuer mehrere Formen zum Gießen von Münzen, die sie sofort der Polizei überbrachten. Gegen Mitternacht erfolgte die Verhaftung des G. und am folgenden Mittage die Haussuchung bei Prehm, der dann auch ein Geständnis ablegte, nachdem in seiner Wohnung unter den Dielen versteckte Maschinenteile aufgefunden worden waren.

## Kleine Provinzial-Nachrichten.

Der Geschirrführer Ehrhardt aus Wiedebach fiel von seinem Wagen herab und war sofort tot. — In Bitterfeld hat sich der Gasinspektor Haak durch Oeffnen der Pulsadern selbst entleibt. Die Motive zum Selbstmord sind unbekannt.

## Stadt-Theater.

**Die größte Sünde** von Otto Ernst. — Wolfgang Behring, ein junger Nationalökonom, der sein Vermögen einer Produktivgenossenschaft geopfert hat, ist mit der Tochter des reichen Großkaufmanns Wöhlers verlobt. Ein fanatischer Pastor Meiling besucht eines Tages die Familie Wöhlers und lamentiert über die zunehmende Gottlosigkeit im Volke. Seine unduldsamen Worte fordern den Widerspruch des freidenkenden Behring heraus. Zum Entsetzen des Pastors und der Familie Wöhlers wendet er sich gegen den starren Kirchenglauben und das leere Formenwesen der Kirche. Er erklärt, daß er sich auf keinen Fall kirchlich trauen lassen werde. Seine zukünftigen Schwiegereltern geraten darüber in die größte Entrüstung, müssen sie doch für ihr Renommee in der guten Gesellschaft fürchten. Ihre Einwendungen prallen an der Ueberzeugungsfestigkeit Behrings ab, so daß Wöhlers in höchster Wut die Verlobung aufhebt und den Freigeist aus seinem Hause jagt. Doch die Braut, Magdalene Wöhlers, bleibt ihm treu. Sie verläßt das Elternhaus und damit Reichtum und Wohlleben, um als Gattin Behring in seinem Streben und Kämpfen zur Seite zu stehen. Durch schriftstellerische Arbeiten und durch Stundengeben erwirbt Behring seinen bescheidenen Unterhalt. Durch die Geburt eines Kindes werden dem Paare Elternfreuden beschert. Da hält Behring in einer öffentlichen Versammlung einen scharfen, wirkungsvollen Vortrag, in welchem er in der rücksichtslosesten Weise seine antikirchlichen Anschauungen darlegt. Dieser Vortrag erregt das Entsetzen aller gutgesinnten bürgerlichen Kreise, und die Folge davon ist, daß Behring sämtliche Unterrichtsstunden gekündigt werden. Um das Unglück vollständig zu machen, wird ihm auch ein Roman, auf den er große Hoffnungen gesetzt hatte, als zu frei von der Redaktion eines Familienblattes zurückgesandt. Not und Mangel halten ihren Einzug in der Familie. Das Kind, das selbstverständlich nicht getauft ist, erkrankt. In Magdalene erwachsen infolge der Prüfungen Zweifel an der Richtigkeit der Anschauungen ihres Mannes, sie glaubt die strafende Hand des verachteten Christengottes erkennen zu müssen. In dem Moment der höchsten Todesgefahr ihres Kindes ringt sie Behring die Zustimmung zur Taufe ihres Kindes ab und entfremdet sich dadurch dem Herzen des Gatten. Jedoch es ist zu spät, das Kind stirbt, ehe es getauft wird. Das Elend bei Behring wird größ r und größer. Magdalene sinkt auf das Krankenlager, die inneren Kämpfe und äußeren Entbehrungen machen Behring das Arbeiten unmöglich. Inzwischen ist sein Schwiegervater Wöhlers dem Landesfürsten zur Erhebung in den Kommerzienratsstand vorgeschlagen, allein der Fürst nimmt Anstoß an dem irreligiösen Leben des Schwiegersohnes. Bei Behring ist indessen die Not auf das höchste gestiegen. Seine Frau schwebt in Lebensgefahr, nur eine Reise nach dem Süden kann sie retten. Verzweifelt wendet er sich an seinen Schwiegervater um Hilfe. Derselbe läßt sie ihm zu teil werden, um seine Standeserhöhung zu ermöglichen. Als Bedingung stellt er, daß Behring sich nachträglich kirchlich trauen läßt und auf seine freigeistige Thätigkeit verzichtet. Durch den Verkauf seiner Ueberzeugung ist Behring der materiellen Not enthoben, allein die Selbstachtung ist ihm verloren gegangen. Sein Weib erkennt, daß auch seine Liebe zu ihr geschwunden ist. Beide kommen zu der Ueberzeugung, daß sie unter dem Druck der größten Sünde, der Sünde gegen die eigene Ueberzeugung nicht weiter leben können und gehen gemeinsam in den Tod.

Dies der Gang der Handlung des Stückes. Otto Ernst wollte in derselben überzeugend darthun, daß der Mensch unter allen Umständen an seiner Ueberzeugung festhalten müsse. Nur ist die Grundidee des Stückes, nämlich die Frage, ob sich jemand kirchlich trauen lassen soll oder nicht, thatsächlich in dem Ringen unserer Zeit von recht nebensächlicher, äußerer Bedeutung. Es giebt heute ganz andere Fragen, die die Menschen in zwei feindliche Lager scheiden. Der schärfste Gegensatz und gleichzeitig die Wurzel alles Uebels ist der Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Allerdings steht die Kirche mit ihrem Dogmenglauben und ihrem Formenwesen in Wirklichkeit nur auf seiten der Besitzenden und Herrschenden. So erscheint denn auch der Konflikt zwischen Ueberzeugung und Kirchenglauben nicht von so großer Bedeutung, daß er alle die theatralische Wirkungshascherei, die Otto Ernst in dem Drama aufgehäuft hat, rechtfertigen könnte. Die Mittel, die der Dichter anwendet, vermögen wohl das große Publikum zu blenden, die wahre Kunst wird aber darauf verzichten, durch Auftragen allzu krasser Farben zum Beifall zu werben. Es finden sich Situationen und Personen in dem Drama, die nicht die innere Notwendigkeit geschaffen hat, sondern die gewaltsam konstruiert wurden, um um jeden Preis Effekt zu machen. Immerhin gehört ein ehrlicher Mut und Begeisterung dazu, derartige Stoffe unserer in der altgewohnten Bahn überkommener Tradition dahintrottelnden Bourgeoisie vor die Augen zu führen.

Die Aufführung am Sonnabend war so vorzüglich, daß die Mängel des Stückes, vor allem die starke Theatermache, kaum zur Geltung kamen. Herr Kunath (Wolfgang Behring) und Fräulein von Schultz (Magdalene) erfüllten ihre Aufgabe so meisterhaft, so frei von jeder aufdringlichen Effekthascherei, daß ihrem Spiele nur das uneingeschränkteste Lob gezollt werden muß. Treffliche Leistungen waren auch der Pastor Meiling des Herrn Schmalz und der Großkaufmann Wöhlers des Herrn Schreiner. Herr Berend gab recht gut den Schneider Stein, eine Person, deren Notwendigkeit im Stück sehr angezweifelt werden muß. Eine ansprechende Leistung war auch die Schwester Armgard des Fräulein Mehnert, die das schüchterne, entsagungsvolle Wesen der Diakonissin recht gut zum Ausdruck brachte. Von den übrigen Darstellern, die alle ihrer Aufgabe in lobenswerter Weise gerecht wurden, verdienen noch Herr Träger als Dr. Scharff und Fräul. Becker als Fritz Wöhlers genannt zu werden.

Der Dichter und die Direktion des Stadttheaters können mit dem Erfolge des Stückes wohl zufrieden sein. Nach dem ersten Akte und nach Schluß des Stückes setzte ein nicht endenwollender Beifall ein. Das Premierenpublikum, doch alles Angehörige der Hallesichen Bourgeoisie, wird aber wohl nur die ausgezeichneten Leistungen unserer Schauspieler applaudiert haben. Denn das Stück hätte eigentlich von unseren Stützen der Gesellschaft, die doch alle treu zu Thron und Altar stehen, ausgepfiffen werden müssen. Von den Damen und Herren, die am Sonnabend Beifall klatschten, waren gewiß viele Mitglieder eines kirchlichen Vereins. Wer von ihnen würde den Mut haben, auf die kirchliche Trauung und Taufe zu verzichten, wer würde von ihnen auf Kosten seiner gesellschaftlichen Stellung seine den Traditionen zuwiderlaufende Ueberzeugung vertreten? Jedoch für diese Herrschaften ist das Theater nicht eine Schule sondern eine Unterhaltungsstätte. D.

## Kriegsgericht der 8. Division.

Halle a. S., 9. Februar.

**Gehorsamsverweigerung.** Der Füsilier der 5. Komp. des 36. Inf.-Reg. Witkowski von Bernburg hatte Anfang Dezember einen Rahmen mit Exerzierpatronen gefunden, denselben trotz Verbots behalten und einem Rekruten für 50 Pf. zum Kauf angeboten. Ferner hat er am 20. Dezember seinem Korporalschaftsführer, dem Gefreiten Grabowsky, den Gehorsam verweigert, als dieser ihm befahl, er solle seine Stiefel zur Reparatur zum Schuhmacher bringen. Er sagte dem Vorgesetzten, er müsse die Stiefel erst reinigen, „er habe schon länger Soldaten gesehen, wie er, der Gefreite". In der darauffolgenden Nacht arbeitete der Angeklagte trotz Verbots selbst an den Stiefeln herum. Der Vertreter der Anklage beantragte wegen Unterschlagung, Ungehorsam, Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft 3 Monate und 2 Wochen Gefängnis. Das Urteil lautete auf 8 Wochen solcher Strafe.

**Wegen Ungehorsam und Unterschlagung** war der Füsilier der 3. Komp. vom 36. Regiment Friedrich Holzmann angeklagt. Er hatte am 5. Januar den Urlaub um eine halbe Stunde überschritten und war dann 11½ Uhr nachts über die Kasernenmauer geklettert. Vorher hatte er, vom Gesellschaftshaus Hohenzollern vom Tanze heimkehrend, mit einem Kameraden einer anderen Kompagnie Streit bekommen und dabei den Füsilier Lindig mit der Klinge seines Seitengewehrs auf den Unterarm geschlagen, daß ein blutunterlaufener Streifen entstand. Der Ankläger beantragte wegen Ungehorsam und rechtswidrigen Waffengebrauchs 2 Monate und 2 Tage Gefängnis. Das Urteil lautete auf 4 Wochen und 3 Tage Gefängnis.

**Wegen verleumderischer Beleidigung** und Diebstahls war der Füsilier Karl Dudck von der 1. Kompagnie des hiesigen Regiments Nr. 36 angeklagt. Er hatte seinen Kameraden für 60 Pf. Briefmarken entwendet und in Beziehung auf den Sergeant Brandt anderen Kameraden gegenüber geäußert, Brandt habe ihm 8 bis 14 Tage sein Geld, welches er von zu Hause per Postanweisung bekommen, vorenthalten. Die Beweisaufnahme ergab aber, daß Br. das Geld zwei Tage nach der Ankunft abgeliefert hatte. Der Angeklagte wurde zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt und außerdem wurde auf Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt.

**Wegen versuchter Notzucht** wurde verhandelt gegen den Füsilier Friedrich Wilhelm Franke vom Regiment Nr. 36. Zur Verhandlung, die wegen Sittengefährdung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt wurde, waren zwei junge Mädchen im Alter von 16 bis 18 Jahren als Zeugen geladen. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis.

## Aus dem Reiche.

**Berlin.** In Sachen des Postsekretärs Wiesing ist jetzt den Angehörigen von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt worden, daß bei der Post keine Unterschlagungen vorliegen, und daß deswegen die Haftentlassung erfolgen werde. Wiesing sollte, wie zuerst berichtet wurde, außer amtlichen Geldern bei seiner Flucht auch die Mitgift seiner Frau mitgenommen haben.

**Bochum.** Auf der Zeche Konstantin stürzten am Freitag die beiden Förderkörbe in den Schacht. Die 18 in den Körben befindlichen Bergleute sind gerettet, 2 sind verletzt.

**Zwickau.** Das hiesige Landgericht hat den Naturheilkundigen Trotz in Mülsen zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er durch falsche Behandlung den Tod zweier Patienten verursacht haben soll.

**Düsseldorf.** Der am Amtsgericht in M.-Gladbach beschäftigte Kanzlist Emil Höhne hat sich, nachdem ihn die hiesige Strafkammer wegen Unterschlagung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt hatte, kurz nach der Verhandlung auf dem Abort des Landgerichtsgebäudes erschossen. In der Hand hielt der Selbstmörder einen Zettel des Inhalts, daß der Kriminalkommissar von Gladbach an seinem Elend die Schuld trage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020211-16/fragment/page=0003

**Dresden.** Sehr verhängnisvoll ist eine Züchtigung ausgegangen, die der Bäckermeister Hugo Vogt in der Bachstraße am vorigen Sonnabend an seinem Lehrling Paul Klamik vornahm. Der Knabe bekam heftiges Erbrechen, besudelte seine Hosen und wurde bewußtlos. Auf Veranlassung der empörten Nachbarn schaffte die Wohlfahrtspolizei den Bewußtlosen ins Krankenhaus, wo er am Sonnabend verstorben ist. Seine Mutter vermochte er nur dann und wann während der Fieberphantasien zu erkennen. Noch kurz vor seinem Tode bat er die Wärter flehentlich, ihn nicht wieder zu seinem Meister zurückzuschicken. Der Geselle, der den Vorfall den Eltern des Jungen mitteilte, wurde von Meister Vogt entlassen. Die Wohlfahrtspolizei hat die Mutter des Knaben bestimmt, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten.

## Vermischtes.

* **Erst jetzt?** Aus dem Haag wird bürgerlichen Zeitungen berichtet: Einer der Brüder Hoogerhuis, welche wegen Mordes zu lebenslänglichem Kerker verurteilt wurden, wurde mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand auf Verfügung der Königin Wilhelmina in Freiheit gesetzt.

Bei der Verheiratung der Königin ist doch gemeldet worden, die Hoogerhuis seien begnadigt und in Freiheit gesetzt worden!?

* **Feuersbrunst.** Aus Murcia wird berichtet, daß eine Feuersbrunst mehrere Häuser zerstört hat; zahlreiche Personen sind dabei verwundet worden.

* **Schiffsunglück.** Der französische Dampfer Cordilleran, nach Dünkirchen unterwegs, stieß mit dem englischen Kohlenschiff Poplar zusammen. Beide Schiffe wurden schwer beschädigt. Poplar rannte noch an das Leichterschiff Marokko. Alle drei Schiffe mußten gestrandet werden, um ihren Untergang zu verhindern.

## Letzte Nachrichten.

**Berlin,** 10. Februar. Eine umfangreiche Spieleraffaire macht der Charlottenburger Kriminalpolizei gegenwärtig viel zu schaffen. Die Aktenstücke sind zu einem Buch angewachsen. Die Angelegenheit fußt auf Begebenheiten, die in einem Hause am Kurfürstendamm sich abgespielt haben. Neue Vernehmungen finden fortgesetzt statt.

**Frankfurt a. M.,** 10. Febr. Die Frankf. Zeitung meldet aus Newyork: In Lanigaha sind die Bahndocks in Brand geraten. Man schätzt den Verlust auf 1 Million Dollar. — Das Opernkomitee veranstaltet die größte je gesehene Vorstellung hier anläßlich der Anwesenheit des Prinzen Heinrich. Alle großen Kräfte werden dabei mitwirken.

— Die Frankfurter Zeitung meldet aus Patterson: In New Jersey vernichtete eine große Brandkatastrophe einen großen Stadtteil nahezu mit dem alten Rathaus, der Bibliothek, der ersten Nationalbank, dem allgemeinen Hospital, 5 Hotels, 4 Kirchen, 2 Zeitungsgebäude und eine Menge sonstiger Gebäude. Bis jetzt wird der Schaden auf 10 Millionen Dollars geschätzt. Es werden Dynamitsprengungen vorgenommen, da die Feuerwehren aus den Nachbarorten den Brand nicht bewältigen können. Mehrere Personen sind getötet, viele Verletzungen vorgekommen. Tausende von Personen sind obdachlos. Bei der großen Kälte sind Kirchen und große Gebäude für die Unglücklichen eingerichtet worden. Um 1.30 Uhr gelang es des Feuers Herr zu werden.

### Briefkasten der Redaktion.

**Gemütlicher Sachse.** Wegen Raummangels konnte leider Ihr Gedicht nicht aufgenommen werden. Senden Sie dasselbe doch an eins unserer Witzblätter, Süddeutscher Postillon oder Wahrer Jacob!

**P. F.** Nun ja, Verehrtester; Sie sollen die gewünschten Nummern gern bekommen, nur müssen Sie vorher Ihre genaue Adresse angeben. Für Zusendung freundlichen Dank.

### Quittung.

2 Mark zu den Wahlunkosten gesammelt unter Verbandskollegen der Ploetzschen Buchdruckerei gelegentlich eines Auslernens. Gr.

### Quittung aus Teuchern.

1 Mark für Parteizwecke beim gemütlichen Beisammensein mit dem langen Geigenspieler in der Herberge.

Verantwortlicher Redakteur: **A. Weißmann** in Halle.

# Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands.

**Dienstag den 11. Februar abends 9 Uhr im Gasthaus Weißes Roß Geiststraße 5**

## Versammlung.

Tagesordnung: „Das Bildungswesen im Handelsgewerbe". Referent: Redakteur **Swienty.** Verbands-Angelegenheiten.

Pünktliches Erscheinen ist erforderlich. Gäste haben Zutritt.

**Der Bevollmächtigte.**

# Bilanz

des

## Konsumvereins für Dieskau u. Umg.

**E. G. m. b. H.**

**für das 3. Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1900 bis 30. Sept. 1901.**

### Gewinn- und Verlust-Konto.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1. An Unkosten-Konto | 3 181.01 | 1. Per Waren-Konto: | | |
| 2. „ Utensilien-Konto: | | Brutto-Ueberschuß | 13 063.26 | |
| 15% Abschreibg. v. 951.62 | 142.74 | 2. „ Lieferanten-Gewinn-Konto Rabatt von den Vereins-Lieferanten | 1 989.70 | |
| 3. „ Ueberschuß | 12 416.92 | 3. „ Diskont-Konto | 530.12 | |
| | 15 740.67 | 4. „ Depositen und Effekten-Zinsen-Konto (Zinsen v. den angelegten Geldern | 157.59 | |
| | | | 15 740.67 | |

### Bilanz.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1. Utensilien-Konto 951.62 | | 1. Mitglieder-Anteil-Konto | 3 735.42 | |
| Abschreibung 15% 142.74 | 808.88 | 2. Reservefonds-Konto | 741.98 | |
| 2. Waren-Vorräte am 30.9.01 | 5 774.29 | 3. Dispositionsfonds-Konto | 30.70 | |
| 3. Faßtagen-Konto: Berechnete u. noch nicht entleerte Fässer | 47.— | 4. Faßtagen-Konto (Berechnete u. noch nicht entleerte Fässer | 47.— | |
| 4. Depositen-Konto: Guthaben bei der Kreissparkasse | 10 768.55 | 5. Kreditoren-Konto | 828.78 | |
| 5. Debitoren-Konto: Zinsraten von den Effekten u. Geldern v. letzten Fälligkeitstermin und 1 Debitor | 221.94 | 6. Ueberschuß | 12 416.92 | |
| 6. Kassenkonto | 180.14 | | 17 800.80 | |
| | 17 800.80 | | | |

### Mitglieder-Bewegung.

| | | |
|---|---|---|
| Bei Beginn des Geschäftsjahres am 1. Okt. 1900 zählte der Verein | 165 | Mitgl. |
| Im Laufe des Jahres traten hinzu | 39 | „ |
| Summa | 204 | Mitgl. |
| Mit Schluß des Geschäftsjahres sind ausgeschieden | 9 | „ |
| Bleibt ein Bestand bei Beginn des Geschäftsjahres 1901 | 195 | Mitgl. |
| Das Geschäftsguthaben der Mitglieder betrug am 30. Sept. 1900 | 2719.— | M. |
| Das Geschäftsguthaben der Mitglieder betrug am 30. Sept. 1901 | 3735.42 | „ |
| Mithin am 30. September 1901 mehr | 1016.42 | M. |
| Die Haftsumme aller Mitglieder betrug am 30. September 1900 | 4950.— | M. |
| Die Haftsumme aller Mitglieder beträgt am 30. September 1901 | 6120.— | „ |
| Mithin hat sich die Haftsumme aller Mitglieder erhöht um | 1170.— | M. |

Dieskau bei Halle a. S., den 22. November 1901.

**Der Vorstand.**

Wilh. Barth. Wilh. Hauschild. Karl Krause. Louis Bäzold.

Vorstehende Bilanz haben wir geprüft und mit den Büchern übereinstimmend befunden.

**Der Aufsichtsrat.**

Wilh. Fischer. Herm. Schaaf. Ferd. Bauermann. Aug. Wolf. Wilh. Dietz. Ferd. Lorenz.

# Der Verkauf

der aus der

## Willy Krause'schen Konkursmasse

**stammenden Waren,** bestehend in

# Hüten u. Mützen

**aller Arten für Herren u Knaben**

wird von heute ab in den bisherigen Verkaufsräumen fortgesetzt.

**Verkaufszeit:** **Vormittags von 9 bis 12 Uhr. Nachmittags von 2 bis 8 Uhr.**

**14 Leipzigerstraße 14.**

## Reinicke's Restaurant,

**Beesenerstraße 11.**

Dienstag den 11. Februar 1901

## grosses Bockbierfest.

Hierzu ladet freundlichst ein **W. Schlegel.**

# Grosse Auktion

Dienstag den 11. u. Mittwoch den 12. Februar nachmittags 3 bis 7 Uhr.

**Heinrich Jacoby, Große Ulrichstraße 16.**

## Stadt-Theater Halle a. S.

Dienstag den 11. Februar 1902
abends 7¼ Uhr
148. Vorst. i. P.-A. 104. Abonn.-Vorst.
4. Viertel. Farbe gelb.

**Die Hochzeit des Figaro.**

Heiteres Drama in 4 Aufzügen. Musik von W. A. Mozart.

Mittwoch den 12. Februar 1902
Abends 7¼ Uhr:
149. Vorst i. P.-Ab. 105. Abonn.-Vorst.
1. Viertel. Farbe weiß.

**Alt-Heidelberg.**

Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Förster.

# Walhalla-Theater

Direktion: **Richard Hubert.**

Das

## Elite-Riesenprogramm

Die weltberühmte

**Jones Hilliard-Truppe**

Großer Sensations-Original-Bicycle-Renn-Akt auf der Patent-Bühnen-Radfahrer-Rennbahn.

Erste und Original-Truppe d. Welt.

**Frl. Milly Capell**

Gr. Original-Dressur-Akt. Ein arabischer Vollbluthengst mit Hundemeute.

**Matweef-Hugoston-**

Truppe. Phänomenale Akrobaten und die übrigen

**Glanz-Nummern.**

Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

# Apollo-Theater

Direktion: **Gustav Poller** am Riebeckplatz, nächste Nähe vom Hauptbahnhof.

**Der sensationelle Elite-Spielplan:**

Die **Original-, unerreicht dastehende**

## Renn-Bicycle-Truppe

vom Alhambra-Theater zu London.

**5 Radfahrer 5.**

**Wett-** und **Kunstfahrer** auf der eigens auf der Bühne errichteten Rennbahn mit **65°** Steigung.

Alleinige Erfinder dieser sensationellen Rennbahn. Keine nebeneinanderliegenden Bretter auf d. Bahnfläche. Die Bahnfläche besteht nur aus durchbrochenen Stäben. Größte Schwierigkeit für den Fahrer. Die **einzige** Gesellschaft, die mit zwei Bicycle-Tandem Rennfahrten veranstaltet. Die Kunstfahrer **Burgess u. Staig** existieren einzig in ihren, allabendl. stürmisch gefeierten Kunstleistungen. Keine Tricräder. **Fünf Personen** zu gleicher Zeit im Rennen.

**8 Germanias,**

Damen-Verwandlungs-, Gesangs- und Tanz-Ensemble.

u. a.: **Die Amazonen-Garde.** Pompöse Kostüme. Acht bildschöne Damen. Durchschlagender Erfolg und das übrige

**Schlager-Programm.**

Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

Einen **Gärtnerlehrling** sucht **Hermann Berger** (Amerikaner) in **Roitzsch** bei Bitterfeld.

**Lumpen, altes Eisen, Papier** kauft zu höchsten Preisen. **A. Samuel,** Lilienstraße 10.

# Achtung!

# Inserate u. Abonnements

für das Volksblatt nimmt entgegen

**Paul Barth, Zigarren-Geschäft**

**Moritzzwinger 1.**

Für **Wiederverkäufer** empfiehlt zu Original-Preisen **feinste Molkerei-Tafelbutter,** täglich frisch

**Rudolf Jacobi,** **Halle a. S., Drehhauptstraße 2.**

# Zur Konfirmation.

**Schwarze und farbige Kleiderstoffe, Kragen, Jacketts** in jeder Preislage, **Anzugstoffe** sowie **fertige Anzüge** empfiehlt sehr preiswürdig

**Gustav Kärmer, Teuchern.**

# Stoff-Reste

**zu Anzügen, Hosen, Damenkleidern passend, mehrere 1000 Meter Reste in allen Farben spottbillig.**

**Halle a. S. H. Elkan. Leipzigerstr. 87.**

**Kaufhaus 1. Ranges.**

## Gasth. 3 Könige,

**Kl. Ulrichstr. 36.**

**Dienstag zu Fastnacht**

**großer Narren-Abend**

**Bockbier-Fest.**

**Gr. Humor.**

Kappen gratis. Es ladet freundlichst ein **Streicher.**

## Sicherheits-Ovale

**(kein Gummi)**

ist der sicherste, unschädlichste u. bequemste

**Frauenschutz**

à Dutzend Mk. 1, 2, mehr billiger. Unbemittelte Ermäßigung.

**Oskar Ilschner. Gr. Ulrichstr. 40.** Gummiwarenhaus.

## Kanarien-Vögel!

**Hähnchen u. Weibchen** kaufe Dienstag den 11. u. Mittwoch den 12. Febr. zu den höchsten Preisen im Central-Hotel. **Montag.**

Zur Fastnacht empfiehlt

## fr. Pfannkuchen

mit verschiedenen Fruchtfüllungen, ebenso die **beliebten**

## Kartoffelkringel.

# Karl Kochs

**Nachf.,**

Herrenstraße 1. Fernruf 531.

## Möbel!

Infolge eigner **Tischlerei u. Polsterwerkstatt** verbunden mit großem Möbellager, notiere sehr vorteilhafte Preise, so lange Vorrat reicht.

**Aussteuer Mk. 355.**

Echt Nußb.-Schrank, Vertikow, Spiegel, mit Schränkchen, Stegtisch, 4 Stühle, 3teil. Sofa, 2 Bettst. m. Matr., Küchenschrank, Tisch, 2 Stühle.

**Aussteuer Mk. 415.**

Echt Nußb.-Schrank, Vertikow, Trumeaux, Salontisch, 4 Rohrlehnstühle, Plüsch-Divan m. Taschen, 2 Muschelbettstellen m. Matr., Waschtisch, kompl. Kücheneinrichtung.

**Möbel-Magazin Th. Hille,**

Ecke Spitze am Hallmarkt.

Gekaufte Sachen können frei lagern. Jede gewünschte Garantie. Transp. frei

**Feinstes Hambg. Schmalz**
à Pfd. 65 Pf.
**ff. Weizenmehl**
à Pfd. 16 Pf.
**ff. Himbeer-Marmelade**
à Pfd. 35 Pf.
**Senf-, Pfeffer- und saure Gurken, rote Rüben.**
**ff. Sardellen à Pfd. 120 Pf.**
bei

**A. Trautwein**

**Gr. Ulrichstraße 31.**

## Zigarren-Ausverkauf

**nur noch einige Tage**

**Gr. Ulrichstr. 48.**

## Hänels

## Mürbteig-Kreppel

sollten Fastnachten bei keiner Familie auf dem Kaffeetische fehlen; gezuckert kosten dieselben

**4 St. 10 Pf.**
**vanilliert 4 St. 12 Pf.**

**Pfannkuchen**

**gezuckert 12 St. 25 Pf.**
**vanilliert 12 St. 50 Pf.**

Von früh 8 Uhr sind dieselben **immer frisch zu haben.**

**Max Hänel,**

**Geiststraße 46 und Harz 12.**

Schön mbl. heiz. Zim. a. Schlafst. W. 3 M sep. Eing. Ww **Müller,** Ritterstr. 16 II.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020211-16/fragment/page=0004

# Beilage zum Volksblatt.

Nr. 35 — Halle a. S., Dienstag den 11. Februar 1902 — 13 Jahrg.

## Deutscher Reichstag.

138. Sitzung. Sonnabend, den 8. Februar 1902, 1 Uhr.

In zweiter Lesung wird der Etat des Reichsschatzamts debattelos genehmigt, ebenso der Etat der Reichsschuld und der Etat für den Rechnungshof.

Es folgt der Etat für die

### Reichsjustiz-Verwaltung.

Die Beratung beginnt mit dem Tit. 1 (Gehalt des Staatssekretärs).

Abg. **Heine** (Soz.) bringt den Fall Bredenbeck zur Sprache. Der Fall ist charakteristisch dafür, wie man in Deutschland überhaupt die Presse behandelt. Bezeichnend dafür ist auch die Thatsache, daß man hier die Praxis übt, Redakteure, die in Tegel ihre Strafe verbüßt haben, durch den grünen Wagen nach Berlin zu transportieren, statt ihnen die Wahl des Vehikels selbst zu überlassen. (Heiterkeit.) Es ist zwar sehr koulant, daß die Gefängnisverwaltung die politischen Gefangenen auf Staatskosten nach Berlin befördert, aber die Presse dankt für eine solche Zuvorkommenheit, die nichts weiter ist als eine verdammenswerte bureaukratische Schurigelei. (Lebhafte Zustimmung links.) Redner geht an den Thatbestand des Falles Bredenbeck in allen Einzelheiten ein. Es wird so gethan, als handle es sich dabei um den Uebergriff eines untergeordneten Beamten. Auf der von der Staatsanwaltschaft ausgestellten Transportanweisung stand aber ausdrücklich: „Ist zu fesseln!" (Lebhaftes Hört! Hört! bei den Soz.) Es liegt also eine berechnete planmäßige Handlung vor. (Bravo! bei den Soz.) Der Minister des Innern, von Hammerstein, hat im preußischen Abgeordnetenhause Bredenbeck, der früher Bergmann war, einen Sitzredakteur genannt, der dem großen Interesse der Presse nicht diene. Das ist eine objektive Unrichtigkeit.

In der Petitionskommission des Reichstags gab Geheimrat Tischendörfer zu, daß die Vorschriften über die Behandlung Strafgefangener nicht beachtet worden sein und daß das Verhalten der Beamten gemißbilligt worden sei. Das ist ein bemerkenswerter Unterschied. Im Reichstag wagt man sich nicht zu benehmen, wie im Abgeordnetenhause. (Sehr gut! links.) Im preußischen Abgeordnetenhause hat Herr v. Hammerstein die Gelegenheit bei den Haaren herbeigezogen, gegen Bredenbeck eine provokatorische Beleidigung zu richten. Hierher in den Reichstag kommen die preußischen Minister gar nicht erst. Die Sache ist mit der Entschuldigung des Herrn von Tischendörfer nicht abgethan. Es geht nicht, daß einem kleinen untergeordneten Beamten ein Schubs gegeben wird und damit die Sache begraben sein soll. Erstens hat sich Herr v. Hammerstein zu entschuldigen, daß er Bredenbeck beleidigt hat; zweitens ist dafür zu sorgen, daß so etwas nicht wieder vorkommt. Die Behauptung des Ministers, Bredenbeck sei Sitzredakteur, ist eine grobe Injurie. Er hat die Analogie zwischen Regierung und Presse zu weit gezogen. Wenn man unter „Sitzen" die Uebernahme der Verantwortlichkeit für etwas versteht, wofür man dieselbe innerlich ablehnt, dann kann man viel eher von **Sitzministern** als von **Sitzredakteuren** sprechen. (Gr. Heiterkeit! links.) Bredenbeck ist selbständiger Redakteur, der ausgezeichnete Artikel über die Verstaatlichung der Kohlengruben in der Neuen Zeit veröffentlicht hat. Es ist doch ein komischer Standpunkt, einen Mann, weil er aus dem Arbeiterstand hervorgegangen ist, deshalb als gebildeten Menschen nicht anzuerkennen. Von Fluchtverdacht konnte bei Bredenbeck keine Rede sein, da er sich zur Verbüßung selbst gestellt hat.

Ich wundere mich nur darüber, daß Bredenbeck die ihm angethane Behandlung als Schmach empfunden hat. Es ist doch in Deutschland für anständige Leute nachgerade eine Ehre geworden, in dieser Art im Namen der Gerechtigkeit behandelt zu werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Für die Leute aber, die ihn so gekränkt haben, ist das keine Entschuldigung. Die Versagung der Selbstbeschäftigung ist eine Quälerei und widerspricht dem § 16 des Strafgesetzbuches. Redner führt einige Beispiele an, wo gemeine Verbrecher sehr gut behandelt wurden, z. B. Prinz Arenberg. Warum wendet man diese gute Behandlung nicht auch hier an? Es ist höchste Zeit, daß dem Reichstag ein Strafvollzugsgesetz vorgelegt wird. Hier haben sich die Regierungen vereinbart, generelle Reglements zu erlassen und diese in den einzelnen Bundesstaaten durch Landesgesetzgebung in Kraft zu setzen; das ist eine Umgehung des verfassungsmäßigen Gesetzgebungsrechtes des Reichstages.

Nach einer Zeitungsmeldung haben der preußische Minister des Innern und der Justizminister gemeinsam eine Verfügung über die Behandlung von Anklagen gegen Arbeiter dahin erlassen, daß diese, wenn sie durch Drohung jemanden zum Beitritt zur Gewerkschaft veranlassen wollen, wegen Erpressung anzuklagen sind. Man unterstellt dabei, daß die Gewerkschaften einen Vorteil aus den Beiträgen der Mitglieder hätten. Der Erlaß ist eine Folge der ungeschickten Rechtsprechung. Mit der Auslegung des Erpressungsparagraphen geht es so nicht mehr weiter. Jeder anständige Mann, der von dem ihm gesetzlich zustehenden Recht Gebrauch macht, läuft Gefahr, wegen Erpressung angeklagt zu werden. Das ist nicht der Wille des Gesetzgebers. Das Volk hält Erpressungen für eines der gemeinsten und niedrigsten Vergehen. Die Auslegung des Reichsgerichtes hat die Konfusion vollkommen gemacht. Jetzt ist es so weit gekommen, daß Arbeiter wegen Erpressung verurteilt worden sind, weil sie zu ihrem Unternehmer gesagt haben: Wir arbeiten nicht mit dem da zusammen, weil er nicht in unserem Vereine ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Dadurch wird eine Anzahl anständiger Leute ins Gefängnis gebracht und ihnen das Brandmal der Erpressung aufgedrückt. Da heißt es nicht mit Unrecht, das wäre das Ende des Koalitionsrechts. Leider hat uns das Haus im Stich gelassen, als wir bei der letzten Gewerbeordnungsnovelle durch einen Antrag eine solche Auslegung verhindern wollten.

Nun ist vor kurzem, was ich nicht minder verurteile, auch ein Arbeitgeber wegen Erpressung bestraft worden. Er hat einen anderen Arbeitgeber aufgefordert, einer Konvention beizutreten, widrigenfalls er boykottiert werden würde. In richtiger Konsequenz hat das Reichsgericht erklärt, daß dieser Mann wegen Erpressung zu bestrafen ist. Er ist dann auch mit einer Gefängnisstrafe belegt, später aber zu Geldstrafe begnadigt worden. — Ich möchte nun den Herrn Staatssekretär fragen: „Hat er an seine ihm unterstellte Behörde auch ein Zirkular erlassen, wonach auch die Arbeitgeber zur Bestrafung herangezogen werden sollen?" (Sehr gut! b. d. Soz.) Es giebt viele solche Arbeitgeber-Konventionen, so z. B. in Berlin der Milchring. Ich halte das Vorgehen desselben durchaus für gesetzlich und würde eine Anklage nicht erheben. Wenn aber ein Staatssekretär nur Arbeiter deswegen bestrafen will, so finde ich das — ich hätte beinahe gesagt — unbegreiflich, aber bei uns ist das ja selbstverständlich. (Sehr richtig! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Weiter richte ich an den Herrn Staatssekretär die Frage, ob eine zeitgemäße Umarbeitung unseres fast 50 Jahre alten Strafgesetzbuches in Aussicht genommen ist. Ich halte das für durchaus nötig. Besonders schlimm ist es aber, daß unsere Juristen etwas ganz anderes in den Wortlaut des Gesetzes hineinlegen, als es wirklich besagt. — Wenn mit dieser taschenspielerischen Handhabung der Worte der einzelnen Paragraphen nicht gebrochen wird, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß unser Strafverfahren so mangelhaft funktioniert. Die Reichsämter geben sich ja häufig genug Mühe, die Landesregierungen unter einen Hut zu bringen. Welche Mühe haben sie sich nicht mit dem Zuchthausgesetz gegeben. Wenn sie dieselbe Mühe verwenden wollten, eine bessere Behandlung der politischen Gefangenen durchzusetzen, so könnten sie einiges wenigstens besser machen. Dies berechtigte Verlangen glaube ich im Einverständnis mit dem ganzen Hause zum Ausdruck bringen zu können. (Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär **Nieberding**: Ob eine Verfügung der beiden preußischen Minister, wie sie der Vorredner erwähnte, ergangen ist, weiß ich nicht. — Daß der Strafvollzug noch nicht reichsgesetzlich geregelt ist, bedauere ich mit dem Herrn Vorredner. Dieser Regelung stehen große Schwierigkeiten entgegen, worauf auch der große Strafrechtslehrer v. Liszt hingewiesen hat. Die Vorarbeiten zu einer solchen Gesamtrevision sind schon seit langem im Gange, das Gesetzbuch von 1870 war lediglich ein Kind der harten Notwendigkeit. Eine solche Revision kann aber nicht von heute auf morgen erledigt werden. — Mit Bezug auf den Fall Bredenbeck hat Herr Heine gesagt: Es sei eine Ehre, im Namen der Gerechtigkeit so behandelt zu werden; die Schande falle zurück auf die, die das thun. (Sehr richtig! bei d. Soz.) Ich nagle das hier fest, damit das deutsche Volk weiß, welche Schande es sich in seinen Gerichten eingerichtet hat. Für den Transport Bredenbecks haben die Gerichte die Verantwortlichkeit nicht zu tragen. Bei dem Aufsehen, das dieser Fall in der Presse erregt hat, mußte sich natürlich auch das Reichsjustizamt mit ihm beschäftigen. Nach allem, was ich erfahren habe, kann ich konstatieren, daß die Vorwürfe des Herrn Heine doch nicht so tragisch zu nehmen sind. Dem Tadel des Herrn Heine über die Fesselung Bredenbecks kann ich teilweise anschließen. Nach einer Verfügung darf in Preußen ein Gefangener nur auf schriftliche Anweisung eines höheren Beamten gefesselt werden. Dieser Verfügung wurde im Falle Bredenbeck nicht nachgekommen. Versehen kommen aber überall vor. Herr Heine hat, um die ungleiche Behandlung der Gefangenen zu verdeutlichen, darauf hingewiesen, daß beim Transport Bredenbecks ein Mitgefangener gefesselt, ein dritter aber ungefesselt mitgeführt wurde. Die Untersuchungen, die deswegen stattfanden, haben ein sicheres Resultat nicht ergeben. Wahrscheinlich hat sich der Transporteur von einem berechtigten Mitgefühl leiten lassen, weil der Ungefesselte ein 70 Jahre alter Bergmannvalide war. Die weiteren allgemeinen Ausführungen des Abg. Heine kann ich übergehen und sie der Würdigung des Hauses überlassen. (Sehr richtig! rechts.)

Die Abgg. Graeber und Genossen beantragen die Vorlegung eines Gesetzentwurfes, der den Zweikampf den allgemeinen Strafbestimmungen über Verbrechen wider Leib und Leben unterstellt. Ferner soll die Herausforderung und Annahme der Herausforderung zum Zweikampf mit Gefängnisstrafe belegt werden und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden können, wenn der Thäter sich einer ehrlosen Handlungsweise schuldig gemacht hat.

Abg. **Graeber** (Zentrum): Ich möchte an den Staatssekretär die Frage richten, wie weit die Vorarbeiten betr. den Gesetzentwurf gegen den fliegenden Gerichtsstand der Presse gediehen sind. — Ich freue mich, daß der Staatssekretär für eine allgemeine Revision des Strafgesetzbuches eingetreten ist. Einzelne Gebiete müssen aber schon vorher revidiert werden, so die Frage der Bestrafung des Zweikampfes. Der Hauptübelstand unseres Strafgesetzbuchs gegenüber dem Duell liegt darin, daß auch für die schwersten Fälle nur Festungshaft vorgesehen ist. Wir wollen diese Ausnahmegesetzgebung zu gunsten des Duells aufheben. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **Dr. Esche** (natl.) verlangt eine Heraufsetzung der Strafmündigkeit vom 12. auf das 14. Lebensjahr. So lange ein Kind in die Schule geht, darf es nicht ins Gefängnis kommen. — Die Strafen für Verleumdung sind viel zu niedrig. Durch die üble Nachrede eines Schurken kann die ganze Existenz eines Unschuldigen in Frage gestellt werden. Hier sollten Zuchthausstrafen eintreten. — Den Antrag Gröber begrüßen wir mit Freuden. — Ein Reichsgesetz über den Strafvollzug ist wünschenswert, aber nicht durchführbar vor einer Aenderung des ganzen Strafsystems. — Auch dem Wunsche des Herrn Gröber auf Aenderung der Bestimmungen über den fliegenden Gerichtsstand kann ich mich nur anschließen. Redner wünscht schließlich Beseitigung des Partikularismus auf dem Gebiete der Zulassung der Rechtsanwälte. (Beifall b. d. Natl.)

Staatssekretär **Nieberding**: Die Verhandlungen über den fliegenden Gerichtsstand der Presse sind noch nicht abgeschlossen. Die Heraufsetzung der Strafmündigkeit auf das 14. Lebensjahr erscheint nicht zweckmäßig. Die Summe der jährlich bestraften Kinder unter 14 Jahre ist **9000**. In acht Fällen sind Kinder in diesem Alter sogar des Mordes überführt. Man wird höchstens darüber nachsinnen können, wie in anderer Weise auf das jugendliche Alter der Kinder Rücksicht genommen werden kann.

Abg. **v. Dziembowski-Pomian** (Pole) bedauert die Erklärung des preußischen Justizministers, wonach in nationalen Fragen die Abschreckungstheorie eine gewisse Berechtigung habe. Dem Antrag Gröber stehe er sympathisch gegenüber. Eine Regelung des Strafvollzugs sei dringend nötig.

Staatssekretär **v. Nieberding** verweist den Vorredner wegen vorgekommener Inkorrektheiten an die Landesverwaltungen.

Abg. **Dr. Müller**-Meiningen (Freis. Vp.): Ich hoffe, daß die Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes beschleunigt wird. Auch der Zeugniszwang bedarf einer Regelung. Es verstößt gegen Treu und Glauben, einen Redakteur zu zwingen, das Redaktionsgeheimnis zu brechen. Drittens ist die Entschädigung unschuldig Verurteilter eine Forderung, die bald erfüllt werden muß. Einem Gerber in Neustrelitz, der unschuldig fünf Jahre im Zuchthaus saß und sein ganzes Vermögen verloren hatte, wurden im ganzen 2150 Mk. Entschädigung zugebilligt. — Auch wäre die Schaffung eines Reichskompetenzgerichts dringend nötig. — Der Fall Bredenbeck beweist die Geringschätzung unserer Polizei und Justiz gegenüber der Presse. Man hätte den Mann unter keinen Umständen wie einen gemeinen Verbrecher behandeln dürfen. Die unteren Polizeibeamten dürfen nicht so über die Behandlung eines Gefangenen entscheiden. Leider steht der Fall nicht vereinzelt da. In Frankfurt ist ein Verbrecher drei Tage lang vergessen worden und wäre fast verhungert. All das läßt ein Strafvollzugsgesetz dringend nötig erscheinen.

Eine große Zahl der deutschen Gefängnisse ist eine wahre Brutstätte des Verbrechens und des Lasters.

Herr Dr. Oertel hat mit der Empfehlung der Prügelstrafe eine gewisse Grausamkeit an den Tag gelegt, die mit seiner sonstigen poetischen Naturanlage gar nicht harmoniert. (Heiterkeit.) Ihm ist nun in einer der bedeutendsten Residenzstädte (Heiterkeit) ein Helfer und Retter in der Not entstanden. Ich möchte den Staatssekretär um Aufklärung bitten, was es mit diesen Preßnachrichten auf sich hat. Ein deutscher Fürst soll Kinder, die zu Gefängnisstrafen verurteilt waren, zur Prügelstrafe begnadigt haben. Diese soll in einer sehr merkwürdigen Weise, die etwas mit der lex Heinze zusammenhängt, vollzogen worden sein. (Unruhe rechts, Heiterkeit links.) So weit geht das Begnadigungsrecht in keiner Weise. Was würde Herr Oertel sagen, wenn ein Redakteur zu Prügelstrafe begnadigt würde, der z. B. den Grafen Bülow wegen seiner Schwächlichkeit den Agrariern gegenüber beleidigt hätte, oder zu einer Beleidigung des Fürsten gelangt wäre, wenn dem behauptet ist, daß er alles kurz und klein schlagen werde wenn keine Handelsverträge zu stande kämen. (Große Heiterkeit.) Auch hier geht Reichsrecht vor Landesrecht. Verantwortlich ist der Minister des betreffenden Staates; aber auch hier müssen wir diesen Fall der Strafpflege aus dem Deutschland des 20. Jahrhunderts zur Sprache bringen. (Sehr richtig! links.)

Eine Reform des Strafgesetzbuches erkenne ich als sehr notwendig an. Beschämend war es, daß sich ein deutscher Staatsanwalt fand, der die Antwort Tolstois an den „heiligen Synod" in der deutschen Uebersetzung beschlagnahmen ließ. Das geschah in Sachsen und zwar in der Stadt der größten Hölle. (Heiterkeit.) Man war dort russischer als in Rußland selbst. (Beifall links.) Ein Redakteur, der nach der Beschlagnahme die Verbreitung dieser Schrift in Szene setzte, wurde auf Grund des § 166 des Reichsstrafgesetzbuches verfolgt. Alle solche Vorgänge beweisen die Reformbedürftigkeit des Reichsstrafgesetzbuches, wie sie auch bewiesen wurde bei den Verhandlungen über eine unglückliche lex, deren Namen ich gar nicht nennen will. (Heiterkeit.)

Dazu kommt der Antrag Gröber und unser Majestätsbeleidigungsantrag. Die Aenderung ist ja erst für eine etwas spätere Zukunft zu erwarten; ich hoffe, daß dann auch der Reichstag etwas liberaler und demokratischer zusammengesetzt ist. (Heiterkeit. Ruf rechts: Genügt schon.) Nein, uns genügt das noch nicht! Was den Duellantrag anlangt, so will ich hier auf den Insterburger Fall nicht näher eingehen, aber der Fall Bennigsen-Falkenhagen hat doch dem Hasse den Boden ausgeschlagen. Während der niedergeschlagene Familienvater auf der Totenbahre liegt und sein greiser Vater sich in Schmerz verzehrte, da treibt sich der Bursche hier mit Dirnen bei Austern und Sekt umher. (Unruhe rechts.) Er hat sogar noch die Stirn, gegen seine Verhaftung zu protestieren. Ein solcher Mensch bekommt nun Festungshaft! Das ist gar keine Strafe!

Das Volk versteht diese Rechtsprechung nicht und macht Vergleiche. (Abg. Stadthagen: Mit Recht.) Die Folge ist Haß gegen die heutige Gesellschaft. (Bravo! links.)

Staatssekretär **Nieberding**: Es ist nicht meine Aufgabe, die Gesetzgebung der Bundesstaaten zu überwachen. Die Verfassung des Reichs giebt mir auch keine Handhabe, um von dem betreffenden Bundesstaat eine Aufklärung zu verlangen.

Abg. **Heine** (Soz.): Der Staatssekretär erwiderte auf meine Ausführung, so wie Bredenbeck behandelt zu werden, sei bald eine Ehre; das sei das Attest, das der Abg. Heine den deutschen Gerichten ausstelle. Ich denke, die Gerichte haben mit dem Falle Bredenbecks nichts zu thun? (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich habe auch nicht einzelne Personen angegriffen, sondern das Unglück liegt an dem herrschenden System, an das der einzelne gebunden ist. — Auf meine Anfrage betr. die Verfügung wegen Verfolgung der Gewerkschaften behauptete der Staatssekretär, nicht antworten zu können, das seien Dinge des intimen Verkehrs zwischen den Verwaltungsbehörden. Weshalb hat dann aber das Reich die Aufsicht über das gesamte Justizwesen?

In seiner Antwort auf den Fall Bredenbeck ist der Staatssekretär vollständig darüber hinweggegangen, daß Bredenbeck in einem Gerichtsgefängnis war. Der Befehl zum Fesseln ist vom ersten Staatsanwalt in Dortmund ausgegangen. Solche Dinge sollten doch nicht mehr beschönigt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Ich habe nicht getadelt, daß der Transporteur den dritten Gefangenen nicht gefesselt hat, sondern daß er Bredenbeck gefesselt hat. — Wenn es möglich war, ein gemeinsames Reglement über das Strafvollzugsgesetz auszuarbeiten, warum war es denn nicht möglich, wenn auch nur ein provisorisches Notgesetz vorzulegen, das wenigstens die mit dem Strafgesetzbuch in Widerspruch stehenden Uebelstände beseitigt? Der Zustand z. B., daß zwischen der Strafhaft im Zuchthaus und im Gefängnis nur noch ein nomineller Unterschied besteht, ist ungeziemlich. Es ist von anderer Seite auf das Duell eingegangen. Ich will nur eines sagen: wir haben längst darauf hingedrängt, daß die Ausnahmestellung, die das Duell genießt, beseitigt wird; aber auf die Art werden Sie es nicht abschaffen, daß Sie hier härtere Strafen für das Duell vorsehen. Ein solcher Entwurf wird und kann auch nie die Zustimmung dieser Regierung finden. So lange die Partei die maßgebende Macht hat, zu deren Ehrbegriff das Duell gehört, so lange namentlich die klerikale Partei die Macht dieses Junkertums systematisch stärkt, (Sehr richtig! b. d. Soz.) wird sie sich auch mit dem Unfug des Duells abfinden müssen. Wollt Ihr das Duell beseitigen, so beseitigt die Junker; anders ist es nicht möglich. (Bravo! b. d. Soz.) — Die Festungshaft darf nicht beseitigt, sie muß ausgedehnt werden, erst dann werden wir zu einem differenzierteren Strafsystem kommen.

Bei unseren Zuständen der Justiz- und Verwaltungspraxis ist es ganz ausgeschlossen, die Strafen wegen Beleidigung noch zu verschärfen, wie ein Redner verlangt hat. Schon heute bilden die §§ 185 und 187 des Strafgesetzbuches das Mittel für die Behörden, jede Kritik ihres Verfahrens abzuschneiden. Man darf sich über keinen Mißstand aussprechen, ohne Furcht, eine Beamtenbeleidigung zu begehen. Eine Verschärfung ist hier gleichbedeutend mit einer Behinderung der Kritik öffentlicher Einrichtungen. Jeder solcher Versuch ist daher gefährlich. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär **Nieberding**: Ich habe ausdrücklich erklärt, daß eine Verfügung ergangen ist, wonach die Behörden angewiesen werden, beim Transport von Strafgefangenen keine Fesselung eintreten zu lassen ohne Prüfung des besonderen Falles. Ist Fesselung nötig, so soll erst ein höherer Polizeibeamter schriftlich darüber die Ermächtigung geben.

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. **Heine** (Soz.) wird die nächste Sitzung auf Montag 1 Uhr festgesetzt. Tagesordnung: Rechnungssachen, Gesetz über das Genfer Neutralitätszeichen, Etat des Reichsjustizamts, Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Schluß 6 Uhr.

---

## Gewerbegericht.

Halle, 4. Februar.

Zu der letzten Sitzung, die bis abends 7 Uhr währte, standen 15 Streitsachen zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Stadtrat Winter, als Beisitzer wirkten die Arbeitnehmer Zimmerer Henniker und Maler Heyn und die Unternehmer Maurermeister Lingesleben und Wagenfabrikant Kathe.

**Wegen Akkordentschädigungen** klagten die Former Louis Schippel, Paul Mahlow und Gustav Perl gegen die Firma Zimmermann u. Ko. Die Kläger verlangen Beträge von 26 bis 32 Mk., weil ihnen versprochene Arbeit verweigert worden sei. Sie sind 6 bis 7 Jahre in genannter Fabrik beschäftigt und hatten in der Zeit vom 17.—25. Januar wegen Mangel an Arbeit aussetzen müssen. Der Gießerei-Ingenieur Frank hatte ihnen für die Zeit nach der Ferienwoche Arbeit versprochen, aber sein Wort nicht gehalten. Als die 3 Kläger wieder arbeiten wollten, bekamen sie die Entlassungspapiere, obwohl ledige Personen, die noch nicht so lange Zeit dort beschäftigt waren, weiter beschäftigt wurden. Eine Kündigungsfrist war allerdings nicht vereinbart. Die Kläger weisen aber darauf hin, daß Ingenieur Frank einmal gesagt habe, es werde niemand entlassen; lieber werde die Arbeitszeit entsprechend verkürzt werden. In der Zeit, in der ihnen die Papiere vorenthalten sind, hätten sie sich nicht nach andere Arbeit umsehen können. Der Vorsitzende regte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020211-16/fragment/page=0005

an, daß es am besten wäre, die Kläger würden wieder eingestellt. Der Vertreter der Firma, Ingenieur Frank, bemerkt aber, daß vorläufig keine Aussicht bestehe, die Kläger wieder einzustellen. Das Gericht wies die drei Kläger kostenpflichtig ab, da sie sich mit dem Ausetzen der Arbeit einverstanden erklärt hatten, und sie, weil keine Kündigung vereinbart worden war, jederzeit ihre Papiere verlangen konnten.

**Wegen kündigungsloser Entlassung** klagte der Bäckergeselle Kretschmar gegen den Bäckermeister Pirl. Kläger ist am 8. Januar ohne Grund entlassen worden und verlangt 33 Mark, wo hingegen der Beklagte behauptet, die kündigungslose Entlassung sei berechtigt, weil der Kläger bei der Arbeit geschlafen habe und im Teige stecken geblieben sei. Kläger habe auch zirka drei Pfund Mehl umgeworfen und eine Fensterscheibe zerschlagen. Kläger bestreitet letzteres und will dies in einem zum 14. Februar anberaumten Termin beschwören. Der geladene Zeuge konnte nichts Bestimmtes bekunden, da seine Auslagen nicht auf eigenen Wahrnehmungen sondern auf Mitteilungen anderer beruhen.

**Abgewiesen** mit seiner Klage wegen kündigungsloser Entlassung wurde der Geschirrführer Weise, der gegen den Tiefbau-Unternehmer Knöchel klagte. Der Kläger soll nach den Bekundungen der Zeugen des Beklagten nicht pünktlich ¼4 Uhr morgens im Stall gewesen sein und dadurch die Fütterung der Pferde, die 1½ Stunden zum Fressen gebrauchten, vernachlässigt haben.

**Teilweisen Erfolg** mit ihrer Klage wegen 5 Mark rückständigen Lohnes und kündigungsloser Entlassung hatte die Dienstmagd Anna Herrmann. Klägerin war bei dem Restaurateur Kutter beschäftigt, wo sie am 21. Januar ohne Grund entlassen sein will. Beklagter leistet aber einen Eid, wonach die Klägerin überhaupt nicht entlassen worden ist. Der rückständige Lohn von 5 Mark wurde anerkannt, während der Anspruch auf 10 Mark wegen kündigungsloser Entlassung zurückgewiesen wurde.

**Der Einspruch** gegen das wider den Malermeister Dünnert ergangene Versäumnis-Urteil wurde zurückgenommen, da der Kläger, Maler Albert, beschwor, daß er sich in der Zeit vom 6. bis 8. Januar seinem Meister zur Arbeit zur Verfügung gestellt habe. Dem Kläger wurden 35 Mark zugesprochen, während der Beklagte anfänglich nur eine Forderung von 27 Mark anerkennen wollte.

**Vertagt** wurde die Sache des Tischlers Schnabel, der gegen den Meister Schötensack wegen einer Forderung in Höhe von 36 Mark klagte. Der Beklagte will die ihm gelieferten Arbeiten nach einem alten Vertrage bezahlen, während Kläger behauptet, es seien neuere für ihn günstiger lautende Vereinbarungen getroffen worden. Es soll ein Zeuge vernommen werden.

## Gerichtssaal.

### Schöffengericht.

Halle, 7. Februar.

**Keine Nahrungsmittelfälschung.** Der Kaufmann Wilh. Welsch von hier, Inhaber einer Fabrik zur Herstellung von Essenzen 2c., sollte zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genußmittel nachgemacht oder verfälscht haben, indem er Himbeer-Aroma-Limonaden-Sirup, ein Kunstprodukt, als Himbeer-Sirup, nämlich echten Fruchtsaft an den Gastwirt Wenzke in Berlin verkauft haben sollte. Der Angeklagte bestreitet, sich strafbar gemacht zu haben und berief sich darauf, daß er sein Fabrikat nicht direkt an Wenzke, sondern an seinen Agenten verkauft habe. Diesen habe er aber niemals darüber in Zweifel gelassen, daß er keinen reinen Fruchtsaft, sondern Himbeer-Aroma-Limonaden-Sirup bekäme. Daß dieses Fabrikat auf der Rechnung als Himbeer-Sirup bezeichnet worden ist, sei auf einen Irrtum des Lehrlings zurückzuführen, der die Rechnung ausgestellt habe. Daß er nur Kunstprodukte liefere, gehe schon aus dem Preise der Ware hervor. Reiner Himbeersaft werde je nach der Bereitung mit 1.20 bis 1.60 M. pro Liter bezahlt, während er, Angeklagter, sein Produkt mit 75 Pf. pro Liter verkaufe. Aus den Köpfen seiner Briefe, auf denen es heiße: „Fabrikation von feinsten Farben, Essenzen-Aromas 2c. und auch aus den Etiketten, die sich bei der Versendung auf den Ballons befinden, gehe mit Deutlichkeit hervor, was er, Angeklagter, vertreiben habe.

Der geladene Sachverständige Dr. Kloitermann bekundet, daß bei dem Verkauf eines Kunstproduktes das Künstliche bei der Anpreisung der Ware äußerlich hervortreten muß. Himbeer-Aroma-Limonaden-Sirup sei allerdings etwas anderes als reiner Himbeer-Sirup, und wenn der Angeklagte die von ihm abgehenden Ballons mit der richtigen Etikette versehen hat, so habe er seine Abnehmer nicht im Zweifel gelassen, daß er, Angeklagter, ein Kunstprodukt verkaufte. Ein zweiter Sachverständiger weist noch darauf hin, daß man unter Himbeersirup den reinen Saft von der Himbeere, durchsetzt mit feinster Raffinade und etwas Zitronen- und Kirschsaft versehe. Das Fabrikat, welches der Angeklagte verkaufe, werde in Berlin als Zusatz zum Weißbier genommen und gebe dem Bier eine rote Färbung, während der reine Himbeersaft dem Weißbier mehr eine graue Färbung geben würde. Die Berliner verlangten aber das künstliche rotfärbende Produkt, das an sich allerdings nicht schädlich sei. Der Staatsanwalt beantragte die Freisprechung des Angeklagten und das Gericht erkannte demgemäß, da nicht erwiesen sei, daß der Angeklagte beabsichtigt habe, seine Abnehmer zu täuschen.

## Stadtverordnetensitzung in Zeitz

am 4. und 5. Februar.

Die Festsetzung des Stadthaushalt-Etats erforderte die Abhaltung zweier Sitzungen, deren erste von 21, die zweite von 19 Stadtverordneten besucht war; vom Magistrat waren in jeder Sitzung drei Mitglieder anwesend. Den Beratungen voran ging die Einführung der in der ersten Abteilung gewählten Stadtverordneten Rümmler und Richter und die Bewilligung von 6246.42 M. für die Kanalisationskosten bei dem Mittelschulbau, worüber später noch eine besondere Vorlage zugeht.

In dem nun gegebenen Bericht zum Etat wird angeführt, daß die Finanzlage der Stadt sich durchaus nicht ungünstig gestellt habe. Der Haushaltsplan der Kämmereikasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit 691 000 M., also gegen das Vorjahr mehr um 25 000 M. Die einzelnen Etats stellen sich in Einnahme und Ausgabe wie folgt:

| | | |
|---|---|---|
| Höhere Mädchenschule | 32 050 M. | (mehr 930 M.) |
| Mittelschule | 92 100 „ | ( „ 2 450 „ ) |
| Volksschulen | 218 250 „ | ( „ 9 950 „ ) |
| Fortbildungsschulen | 11 035 „ | ( „ 940 „ ) |
| Armenkasse | 77 000 „ | ( „ 14 600 „ ) |
| Krankenhaus | 89 880 „ | ( „ 3 480 „ ) |
| Schlachthaus | 50 200 „ | ( „ 6 750 „ ) |
| Wasserwerk | 71 700 „ | (genau wie im Vorjahre.) |

Wir haben die Absicht, zum besseren Verständnis unsrer Leser in den nächsten Tagen die einzelnen Etats des näheren in Einnahme und Ausgabe durchzugehen und beschränken uns deshalb heute im allgemeinen nur auf die entstandenen Mehrausgaben und auf die bei den Verhandlungen gepflogenen Erörterungen.

Die Mehrausgaben in den Schuletats erwachsen durch Anstellung neuer Lehrkräfte, durch steigende Gehälter usw. Stadtv. Stöbe erwähnt, daß die Kinderzahl in der Mittelschule fortwährend steigt, so daß man schon einen Anbau plane. Er und ein großer Teil aus der Bürgerschaft sei dafür, daß noch eine Realschule gebaut würde. Oberbürgermeister Arnold erwidert, daß man sich im Magistrat schon mit einem solchen Plane getragen habe, daß man aber eine Handelsschule errichten wolle. Dem widersprechen mehrere Stadtverordnete, weil sie der Ansicht sind, daß eine Realschule mehr dem Zweck entspricht als eine Handels- und Fachschule. Man würde sich im allgemeinen mehr für erstere erwärmen. Eine Vorlage über eine solche Schule wird also jedenfalls in nächster Zeit eingehen.

Stadtv. Möhring weist darauf hin, daß die Schulen konfessionell bezeichnet würden, als „katholische und evangelische Volksschulen" 2c., es gebe doch auch Kinder von Dissidenten. Der Oberbürgermeister erwidert, daß es sich lediglich um Benennung der Schule handele, religiöse Gründe habe man nicht. Die wenigen Dissidentenkinder in Zeitz haben ebenso wie in anderen Städten vorläufig dem in Schulen erteilten Religionsunterricht beizuwohnen, da das eine ministerielle Bestimmung ist. Die Eltern und das praktische Leben sorgen aber schon dafür, daß von diesem Lehrgegenstand nichts mehr in den Köpfen der Kinder, wenn sie erst die Schule verlassen haben, bleibt.

Der Etat in der Armenkasse, der diesmal 14 600 M. höher ist als im Vorjahre, ist deshalb so belastet, weil der Stadt durch Ausscheiden aus dem Kreisverband höhere Ausgaben erwachsen. Früher zahlte der Kreis verschiedene Ausgaben. So sind u. a. zu zahlen für Unterbringung von Irren, Blinden, Taubstummen und Verwahrlosten allein über 11 000 M. – Im Krankenhaus werden noch eingestellt 600 M. für einen Lehrer und 600 M. für Verpflegung. Es entspricht das einer besseren zeitgemäßen Einrichtung für das Wohlbefinden der sich darin aufhaltenden Kinder.

Beim Krankenhausetat wurde ausgeführt, daß im Titel „Krankenhaus-Einkaufsgelder" für Dienstboten eine Aenderung eintreten soll. Die Herrschaften, die sich Dienstboten halten können, zahlen für jedes derselben jährlich 5 M. im Abonnement, für das die Dienstboten im Erkrankungsfalle behandelt und verpflegt werden. Bisher sind ungefähr 470 solcher Abonnements gewesen. Es sollen von nun ab 10 Stellen eingerichtet werden für „bessere Dienstboten", als Wirtschafterinnen usw., dafür sollen jährlich 15 M. im Abonnement erhoben werden. Die „besseren Dienstboten" erhalten dafür dann, wenn sie im Krankenhaus untergebracht werden, bessere Krankenkost, ähnlich der der 2. Klasse. Für „bessere Dienstboten" soll also bessere Kost eingeführt werden, das „gewöhnliche Arbeiterpack" kann die bisherige Kost ruhig weiter genießen. Freilich, der Gaumen des „besseren Dienstboten" ist ja auch ein viel feinerer als der des gewöhnlichen Arbeiters oder der Arbeiterin. Wenn es möglich ist, für 10 M. mehr jährlich eine bessere Kost einigen Dienstboten – die wir im allgemeinen durchaus nicht hinter alle anderen Menschen zurückstellen – zu verabreichen, dann muß sich das auch für alle Kranken in der 3. Klasse einrichten lassen. Die Stadt hätte höchstens einen höheren Zuschuß zum Krankenhause zu leisten, der an verschiedenen anderen Stellen ganz gut – erspart werden könnte.

Aber die Krankenhausverwaltung hat durch diese Einrichtung auch zugleich von selber zugegeben, daß die Kost in der dritten Klasse nicht mehr für „bessere Dienstboten" geeignet ist. Das ist eine Verurteilung dieser Kost. Wenn sie für „bessere" Dienstboten nicht geeignet ist, warum soll sie dann geeignet sein für „minderwertige" Dienstboten und für die übrigen Kranken der 3. Abteilung? Eine Antwort darauf werden wir jetzt wohl nicht erhalten, aber unsere Genossen werden die Angelegenheit zur geeigneten Zeit aufnehmen. Wir werden abwarten, wie dann die Antwort ausfällt.

Ferner soll im Krankenhause eine Hausdienerstelle eingerichtet werden. Der anzustellende Mann soll alle niederen Hausdienste thun, soll Besorgungen besorgen, den Heizer event. vertreten, Leichen transportieren, die hyphlitischen Kranken waschen und dergleichen mehr. Und dafür erhält er den horrenden Lohn von 650 M. jährlich oder wöchentlich nicht ganz 13 M. Wie man in einem städtischen Unternehmen eine Stelle, mit der doch immer sehr viel Arbeit und auch Verantwortlichkeit verbunden, mit nur 650 M. besoldet, ist fast nicht zu begreifen. Von den Stadtverordneten hat dazu nicht einer das Wort genommen, sie, die zum größten Teil mehr Taschengeld im Jahre verbrauchen wie 650 M., sie haben keine Ahnung, was jemand mit 650 M. anfangen soll, wie er sich damit einrichten muß. Auch in dieser Beziehung giebt es für unsere Genossen viel, sehr viel zu thun.

Weiter soll für Kranke von Berufsgenossenschaften als Tagessatz 3 M. erhoben werden, weil diese Kranken sehr viel Arbeit verursachen. Ob diese Kranken nun auch die Kost der „besseren" Dienstboten erhalten, wurde nicht gesagt. Für Begräbniskosten soll ein höherer Satz erhoben werden habe, zwar in 1. Klasse 6 M., in 2. Klasse 4 M. und in 3. Klasse 3 M.

Ueber die teure Feuerung, die z. B. im Dezember 950 M. gekostet hat, wird Klage geführt, doch wird die für diesen Posten eingestellte Summe, 4200 M. gegen 3000 M. im Vorjahr, ebenso wie alle anderen Anträge bewilligt.

Beim Etat der Kämmereikasse wird angeregt, die Luftbarkeitssteuer dergestalt zu erheben, daß kleinere Säle weniger zahlen wie größere. Stadtrat Hatemeister erwidert, daß er sich mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigt habe, daß sie sich jedoch nicht gut einrichten lasse. Stadtv. Fritsche ruft hierbei: Wenn man nicht will, geht's eben nicht.

Eingestellt werden zien, zwei Polizeisergeanten und zwei Nachtschutzleute, da die Einwohnerzahl wachse. Die Einstellung soll auch dazu führen, daß die Sicherheitsbeamten eine Diensterleichterung resp. mehr freie Tage und Nächte erhalten. Bei dieser Position entspinnt sich eine Reihe von Klagen über das Fahren von Kindern und kleinen Lastwagen auf den Trottoirs, sowie das Stehen mehrerer Personen auf denselben, wie über das Radfahren auf den Promenadenwegen. Der Oberbürgermeister hat die Polizeibeamten angewiesen, mit möglichster Schonung, aber doch energisch gegen diese Uebelstände vorzugehen.

Stadtv. Brausch wünscht ferner die Einrichtung von 2 Badeanstalten für beide Geschlechter, da in der jetzigen einen Anstalt die Zellen nicht so eingerichtet werden können, daß alle baden können. Der Magistrat hat darauf sein Augenmerk schon gerichtet.

Ebenso soll Sorge getragen werden für die Errichtung einer zweiten Gießhalle, die möglicherweise auf dem Schützenplatz angelegt werden soll.

Zu den Etats des Schlachthauses und des Wasserwerks ist jetzt weniger zu erwähnen, da wir ja die einzelnen Etats noch eingehender behandeln werden.

Zur Deckung des Fehlbetrages in der Kämmereikasse werden die bisher erhobenen Steuersätze weiter erhoben. Es sind das je 160 Proz. zu der vom Staate veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, sowie 150 Proz. zur gewerblichen Betriebssteuer. Ferner 150 Proz. zur Staatseinkommensteuer. Es kommen dadurch ein 457 500 M., also 18 800 Mark mehr wie im Vorjahr.

Damit hatten die Etatberatungen ihr Ende erreicht. L.

## Aufnahme der schulpflichtigen Kinder.

Die Schuldeputation hat darüber folgendes festgesetzt: Die Aufnahme findet statt

I. bei den **Mädchenmittelschulen** für die Schulhäuser Große Steinstraße 60, Dreyhauptstraße 5 und Klosterstraße 9 am Montag, den 17., und Dienstag, den 18. Februar d. J., nachmittags von 2 bis 5 Uhr durch Herrn Rektor Steger in dem Schulhause Große Steinstraße 60,

II. bei der **Knabenmittelschule** Klosterstraße 9 und der **Mittelschule** für Knaben und Mädchen Friedenstraße 34 am Montag, den 17. Februar d. J., nachmittags von 2 bis 5 Uhr durch Herrn Rektor Götze im Festsaale der Schule Klosterstraße 9,

III. bei der **Knabenmittelschule** für die Schulhäuser in der Charlottenstraße und Oleariusstraße am Montag, den 17. Febr. d. J., nachmittags von 3 bis 5 Uhr durch Herrn Rektor Grothe in dem Schulhause Charlottenstraße 15,

IV. bei sämtlichen **evangelischen Volksschulen** mit Ausnahme der Schule in Halle-Trotha am Montag, den 17. Febr. ds., nachmittags von 2 bis 5 Uhr, und zwar

a) bei den Volksschulen in der Neuen Promenade durch Herrn Rektor Dr. Männel für Knaben im Zimmer Nr. 1, für Mädchen im Zimmer Nr. 5 des Erdgeschosses,

b) bei den Volksschulen in der Hermannstraße durch Herrn Rektor Gräfe für Knaben im Zimmer Nr. 29, für Mädchen im Zimmer Nr. 32 des Neubaues,

c) bei den Volksschulen in der Taubenstraße durch Herrn Rektor Dr. Wohlrabe für Knaben im Zimmer Nr. 3 des Erdgeschosses, für Mädchen im Zimmer Nr. 9 eine Treppe,

d) bei den Volksschulen in der Lessing- und Schillerstraße durch Herrn Rektor Sommer für Knaben im Sprechzimmer des Rektors Lessingstraße 13, für Mädchen im Konferenzzimmer Schillerstraße 47,

e) bei den Volksschulen in der Liebenauer- und Huttenstraße durch Herrn Rektor Köneke, und zwar

1., bei den Volksschulen in der Liebenauerstraße für Knaben in dem oberen Turnsaale Liebenauerstraße 152,

2., bei der Volksschule in der Huttenstraße für Knaben und Mädchen im Rektorzimmer Liebenauerstraße 151,

f) bei den Volksschulen am Göllbergerweg durch Herrn Rektor Beck für Knaben im Zimmer Nr. 1, für Mädchen im Zimmer Nr. 4 des Erdgeschosses,

g) bei den Volksschulen in der Friesen- und Freimfelderstraße durch Herrn Rektor Pansegrau, und zwar

1. bei den Volksschulen in der Friesenstraße für Knaben im Rektorzimmer, für Mädchen im Zimmer Nr. 13,

2. bei der Volksschule in der Freimfelderstraße für Knaben im Zimmer Nr. 1, für Mädchen im Zimmer Nr. 2,

h) bei den Volksschulen in der Dreyhaupt- und Oleariusstraße durch Herrn Rektor Pensler für Knaben im Zimmer Nr. 3, für Mädchen im Zimmer Nr. 5 des Schulhauses Dreyhauptstraße 5, pt.,

i) bei der Knabenvolksschule Halle-Giebichenstein durch Herrn Rektor Schneider im Schulhause Große Brunnenstraße 4,

k) bei der Volksschule Halle-Kröllwitz durch Herrn Rektor Schneider für Knaben und Mädchen im Schulhause Schulberg 19,

l) bei der Mädchenvolksschule Halle-Giebichenstein durch Herrn Rektor Tietsch im Schulhause Große Brunnenstraße 5,

m) bei der Volksschule Halle-Trotha durch Herrn Rektor Tietsch für Knaben und Mädchen **Dienstag, den 18. Febr. dieses Jahres, nachmittags von 2 bis 5 Uhr** im Schulhause Petersbergerstraße 90.

Schulpflichtig ist jedes Kind, das bis zum 30. September 1901 fünf Jahre alt geworden ist.

Bei der Anmeldung sind vorzulegen:

Der Impfschein und der Taufschein, bei den ungetauften Kindern an Stelle des letzteren die Geburtsurkunde.

Im übrigen werden die zur Anmeldung Verpflichteten darauf noch besonders aufmerksam gemacht, daß sie sich durch die Unterlassung der Anmeldung der schulpflichtigen Kinder straffällig machen, daß aber in den Fällen, wo die schulpflichtigen Kinder bei den betreffenden Herren Rektoren für Ostern d. Js. bereits im voraus angemeldet worden sind, eine nochmalige Anmeldung an dem obenbezeichneten Tage nicht erforderlich ist.

## Versammlungsberichte.

### Former.

Am 1. Februar fand bei Hinze eine öffentliche Formerversammlung statt, welche gut besucht war. Der Vertrauensmann gab den Jahresbericht und darauf die Kassenverhältnisse bekannt. Im verflossenen Jahre wurden vereinnahmt inkl. Kassenbestand 2013.64 Mk, und verausgabt 1102.78 Mk., so daß ein Bestand von 910.86 Mk. verbleibt. Nachdem die Revisoren erklärt, daß sie alles geprüft und für richtig befunden haben, wird dem Vertrauensmann einstimmig Decharge erteilt. Gleichzeitig wird ein Ueberblick über die Gesamt-Ein- und Ausgabe seit Bestehen des Fonds der Former (10 Jahre) gegeben. Die Gesamt-Einnahme betrug 8160.83 Mk. welcher eine Gesamt-Ausgabe von 7249.97 Mk. gegenüber steht. Alsdann erfolgte die Wahl des Vertrauensmannes. Als solcher wird Kollege Steuer einstimmig wiedergewählt, ebenfalls die Kollegen Angerstein, Holbe und Brothe als Revisoren. Die schon länger arbeitslosen Kollegen Rausch und Schmidt erhalten je 10 Mk. Unterstützung. Ein Antrag, nochmals eine Kommission zu wählen, welche den Fall Moisebach-Werneburg abermals untersuchen solle, wird abgelehnt; ein anderer Antrag, in vier Wochen wieder eine öffentliche Former-Versammlung mit einem Vortrag abzuhalten, wurde angenommen. (Eig. 4. 2.) G. K.

### Maschinisten und Heizer.

Die am 2. Februar im Weißen Roß abgehaltene Mitgliederversammlung war sehr schwach besucht. In Vereinsangelegenheiten wurde ein Artikel aus der Fachzeitschrift verlesen und darüber diskutiert. Eine Frage aus dem Fragekasten, welche persönlich und beleidigend war, wurde nicht veröffentlicht. Ferner wurde die Frage gestellt: Wie weit muß das Speiserohr vom Boden eines Dampfkessels entfernt sein? Hierüber wurden verschiedene Meinungen laut, welche von den meisten Rednern dahin ausgingen, daß der Abstand des Speiserohrs vom Kesselboden ganz auf die Konstruktion und das System des Kessels ankomme. Von einem Kollegen wurde mitgeteilt, daß er seit einigen Tagen die rätselhafte Beobachtung gemacht hätte, daß, wenn er Schieber und Kolben der Maschine schmiert, selbige furchtbar anzuschlagen und zu knallen anfängt, und wenn die Teile trocken, also nicht geschmiert sind, die Maschine ruhig geht; dieser Fall war allen Kollegen unbegreiflich. (Eing. 6. 2.)

### Weißenfels.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Am 2. Februar fand in der Reichskrone eine Generalversammlung statt. Zunächst sprach der Gauvorsitzende Rögler aus Altenburg über sämtliche Verhältnisse unserer Zahlstelle, besonders, daß die Pumpwirtschaft nicht so weitergeführt werden sollte, wie es bis jetzt gewesen ist. Er teilte der Versammlung mit, daß der Jahresabschluß von 1901—1902 für richtig befunden ist bis auf die ausstehenden Gelder. Weiter stellte er den Revisoren anheim, daß sie jeden Monat einmal ohne Anmeldung bei dem Kassierer zu revidieren haben. Als Schriftführer wurde Kollege Gustav Schmidt gewählt. Derselbe wurde auch als Kartelldelegierter anerkannt. Kollege Rothe stellte den Antrag, einen anderen Kassierer zu wählen, da unser jetziger Kassierer nicht fähig ist, das Amt zu verwalten. Es wurde Kollege Otto Macke gewählt. Als Hilfskassierer wurden die Kollegen Hermann Scholz, Max Michaelis und Otto Reppin gewählt. In Verschiedenem stellte Kollege Goertz den Antrag, daß vor der öffentlichen Versammlung, welche am 15. März in der Reichskrone stattfindet und in welcher Kollegin Luise Zietz aus Hamburg reden wird, Flugblätter verteilt werden, damit die uns noch Fernstehenden herangezogen werden können. (Eing. 7. 2.) F. H.

### Gewerkschaftskartell Eisleben.

Am 29. Januar fand die erste Sitzung des Kartells statt. Zuerst hieß der Vorsitzende die neu erschienenen Delegierten herzlich willkommen, mit der Aufforderung, immer pünktlich zu den Sitzungen zu erscheinen. Nachdem ein neuer Schriftführer gewählt war, verlas der Kassierer die Abrechnung vom vorigen Jahr. Dieselbe ergab eine Einnahme von 53.50 Mk., eine Ausgabe von 41.97 Mk., demnach Bestand 11.53 Mk.

Die Frage, wie das Arbeiter-Sekretariat in Halle finanziell unterstützt werden soll, wurde vertagt. Der Plan, die Erbauung eines Gewerkschaftshauses, wurde abgelehnt. Ferner wurden die Delegierten beauftragt, alle in ihren Gewerkschaften nötigen Drucksachen, Vergnügungskarten usw., durch den Expedient Döring bei der Halleschen Volksblattdruckerei zu bestellen. Der Delegierte der Tabakarbeiter sprach im Namen der Tabakarbeiter Nordhausens den hiesigen Gewerkschaften für die Unterstützung während des Streiks vom vorigen Jahre seinen Dank aus. Der Betrag war zirka 110 Mk. Derselbe teilt mit, daß die in Nordhausen noch immer ausgesperrten Tabakarbeiter eine Genossenschaft gegründet hätten und bittet, bei Bedarf dieselbe zu unterstützen.

Nachdem noch beschlossen wurde, da ein organisierter Maurer eine längere Freiheitsstrafe verbüßt, die Familie desselben zu unterstützen, wurde die Sitzung geschlossen. (Eingeg. am 5. 2.)

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020211-16/fragment/page=0006